Der „Lübecker Volksbote" erscheint jeden Nachmittag, außer an Sonn- und Festtagen. Der Abonnementspreis beträgt bei Lieferung durch die Boten frei ins Haus monatlich 32 Mk. Einzelverkaufspreis 2,50 Mark.
Redaktion: Johannisstraße 46.
Fernruf 905.

Die Anzeigengebühr beträgt für die achtgespaltene Petitzeile oder deren Raum 12,00 Mk., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 11,00 Mark, Reklamen 45,00 Mark. Beilagengebühr 1000 Stck. 225 Mk.
Geschäftsstelle: Johannisstr. 46.
Fernruf: 926.

TAGESZEITUNG FÜR DAS ARBEITENDE VOLK

Lübecker Volksbote

Nummer 200. Montag, 28. August 1922. 29. Jahrgang.

Kampf gegen die Teuerung.

Dr. L. Lübeck, 28. August.

Wer ist an der Teuerung schuld? Wer anders könnte es sein als die Arbeiter?

Die „Deutsche Tageszeitung', das deutschnationale Agrarierblatt, stellt das fest. An die am Sonnabend zu Ende geführten Lohnverhandlungen im Bergbau knüpft das Blatt Bemerkungen von so maßloser Frechheit und so unglaublichem Widersinn, daß man an seinem Verstande zweifeln müßte, wenn es eben nicht — deutschnational wäre.

Für die Ueberschichten verlangen die Bergarbeiter 50 Prozent Zuschlag. Das sei ein Verbrechen, meint das Leibblatt der Großagrarier; „denn die neuen Löhne bringen eine neue Teuerungswelle, diese neue Welle aber neue Not". Und dann folgt ein Satz von so riesengroßer Heuchelei und solch unverschämter Verdrehung, daß er wörtlich wiedergegeben sei: „Es wird soviel von Volksgemeinschaft geredet. Aber wo soll sie herkommen bei derartigen Erscheinungen? Die Volksgemeinschaft umfaßt doch schließlich auch die Hunderttausende von Rentnern und Altpensionären und Witwen, die wie durch ein Wunder noch nicht verhungert sind. Alle diese Armen bezahlen die 50 Prozent Ueberschichtlohn mit noch schlimmerer Verelendung, mit Hunger und Kälte im Winter."

Und die Agrarier? Welche Zuschläge lassen sie sich bezahlen? Ohne Ueberschichten zu machen! Sie sitzen bei gutem Frühstück und dicken Zigarren und schrauben dabei ihre Preise von Stunde zu Stunde in die Höhe. Mögen doch mal einzelne von ihnen in die Grube einfahren — und wenn sie dann nach Beendigung der Schicht noch einen Rest Lebensmut haben, so mögen sie noch ein bißchen versuchen, wie Ueberschicht schmeckt. Wir sind überzeugt, daß ihre „patriotische" Gesinnung schon am ersten Tage verdunstet, vertrocknet und ausgehöhlt sein wird. Ganz bestimmt aber werden sie in ihrem ganzen Leben nie mehr von den Bergarbeitern, die in Saus und Braus leben, sprechen.

Um aber die Heuchelei der deutschnationalen Agrarier in ihrer völligen Nacktheit vorzuzeigen, wollen wir noch eine Stelle aus einem Schreiben des „Pommerschen Landbundes" abdrucken. Es heißt da u. a.:

„Jede Mitarbeit, welche die Getreideumlage fördert (Ernteschätzungen, Verteilerausschüsse und dergl.) wird verweigert. Jedes unserer Mitglieder soll sofort nach Zustellung der Umloge Beschwerde erheben und auf Grund des § 4 des Gesetzes seine Lieferungsfähigkeit nach der Wirtschaftslage, dem Ernteergebnis, dem Pachtpreise, Unkosten usw. bestreiten. Die Beschwerde wird durch den Beschwerdeausschuß entschieden.

In diesen Beschwerdeausschüssen hoffen wir einen dominierenden Einfluß zu erhalten und in allen Fällen, in denen Beschwerde erhoben worden ist, eine Abstimmung dahin zu erreichen, daß die Beschwerde als begründet angesehen ist.

Die weitere Stellungnahme müssen wir vorläufig der Zukunft überlassen. Wir können in unseren Maßregeln nicht monatelang vorher disponieren und können vor allen Dingen nicht von jedem Schritt den wir zu tun gedenken der Oeffentlichkeit Mitteilung machen, ohne Gefahr zu laufen, daß die Regierung stets rechtzeitig die erforderlichen Maßregeln trifft."

Wir haben in der deutschnationalen Presse vergeblich nach Entrüstung über solches Verbrechertum am Volke gesucht. Wir haben vergeblich darauf gewartet, daß man auch hier von dem „Verbrechen an der Volksgemeinschaft" redet. Wir haben vergeblich darauf gewartet, daß man auf die „Hunderttausende von Rentnern" usw. hinweist, die durch die verbrecherische Wucherei der Agrarier der „Verelendung, dem Hunger und der Kälte" preisgegeben werden. Aber das ist ja alles etwas anderes: der faulenzende und schlemmende Agrarier darf alle möglichen Gewinne machen, alle möglichen Zuschläge nehmen — auch ohne das geringste mehr zu arbeiten. Wenn aber ein Arbeiter für Ueberstundenarbeit etwas mehr verdienen will, so ist das ein Verbrechen. Er ist ja auch nur ein Arbeiter.

Wir fragen: Wer zieht die Gewinne aus der Hungersnot der Sozialrentner, aus dem Elend des Kleinrentners? Vielleicht der Arbeiter? Solch eine Behauptung wäre doch höchstens als Monarchistenwitz zu werten. Man gehe durch die Weinrestaurants, durch die Dielen usw., und man besehe die Schlösser der Agrarier. Ueberall, von allen Wänden hallt die Antwort wieder: Hier sitzen und wohnen die Nutznießer der deutschen Not — hier sitzen und wohnen die Blutegel an der deutschen Volksgemeinschaft.

* * *

Alles das muß immer und immer wieder ausgesprochen werden. Oder ist es vielleicht erträglich, daß Nichtstuer im Luxus und in der Schlemmerei wühlen, und der ehrliche Arbeiter sich und seine Kinder nicht mehr sättigen kann? Wenn gehungert werden muß, wie man uns immer vorreden möchte, so mögen bitte die Faulenzer den Anfang machen. Die Arbeiter kennen den Hunger zur Genüge!

Man wird uns vielleicht wieder — wie oft in der letzten Zeit — den Vorwurf machen, daß wir das Wohl der arbeitenden Bevölkerung über das der Allgemeinheit stellen. Wir ertragen diese Vorwürfe gern. Wir haben nie ein Hehl daraus gemacht, daß das Endziel unserer ganzen Politik die Befreiung des Proletariats ist — deshalb sind wir ja Sozialdemokraten. Und alle unsere politischen Maßnahmen werden nur von dem einen Gesichtspunkt gewertet: Inwiefern nützen sie der arbeitenden Bevölkerung?

Wenn unser Kampf gegen das Ausbeutertum manchmal solche „bürgerliche" Kreise trifft, die ebenso unter der Ausbeutung leiden wie die Arbeiter selbst, so ist das nicht unsere Schuld. Wenn sich Beamte, kleine Handwerker usw. in die Reihen der Parteien stellen, die hauptsächlich die Interessen des Kapitals vertreten, so müssen sie eben damit rechnen, daß sie mit ihren politischen Gesinnungsgenossen in einen Topf geworfen werden.

*

Die ersten Maßnahmen des Reichs.

Berlin, 27. August.

Gestern, Sonnabend, vormittag, fand unter dem Vorsitz des Reichspräsidenten ein Ministerrat statt, an dem alle Reichsminister bezw. in ihrer Vertretung die Staatssekretäre und auch ein Vertreter Preußens teilnahmen. Gegenstand der Beratung war die innere Lage des Reiches, namentlich die durch die Geldentwertung der letzten Wochen verschärfte Teuerung und die daraus für das Reich und die Bevölkerung für den kommenden Winter drohenden Schwierigkeiten.

Zur Einleitung regte der Reichskanzler an, daß bis zu der auf morgen, Montag, anberaumten Verhandlung der Reichsregierung mit den Ministerpräsidenten und Innenministern der Länder die hauptsächlich dazu berufenen Reichsressorts fertige Vorschläge ausarbeiten möchten, mit denen der drohenden Krisis in der Ernährung und Wirtschaft unseres Volkes entgegengewirkt werden könnte.

In der sich anschließenden Aussprache gaben die Vertreter der Ressorts ein Bild der Lage innerhalb ihres Aufgabenkreises und erörterten die Möglichkeiten gesetzgeberischen oder verwaltungsmäßigen Vorgehens. Auf dem Gebiete des allgemeinen Wirtschaftslebens sind vom Reichskabinett zur

Verringerung des Bedarfs an Einfuhrdevisen bereits Beschränkungen in der Einfuhr von Luxusgegenständen beschlossen;

ferner werden **Erhöhungen der Ausfuhrabgabe** in den nächsten Tagen bekanntgegeben. Es sind Maßnahmen in Vorbereitung, um die reine Devisenspekulation durch eine periodisch erfolgende nachträgliche Kontrolle der vollzogenen Devisengeschäfte zu unterbinden, ohne daß durch diese Maßregel der für den Geschäftsverkehr notwendige Devisenhandel behindert werden soll. Ob auf dem Gebiete des Geldwesens und der Valutagestaltung, insbesondere im inneren Geldmarkt, noch weitere Maßregeln getroffen werden können, wird geprüft.

Der besonders wichtigen

Sicherstellung der Volksernährung

sollen folgende Maßnahmen dienen: Die angebahnte Regelung der Kartoffelversorgung für den Winter wird durch nachträgliche Förderung des Vertragsabschlusses zwischen Erzeugern und Verbrauchern weiter verfolgt werden. Die Verwertung von Kartoffeln in den Brennereien wird auf das mit Rücksicht auf die Viehhaltung (Schlempefutter! Red.) gebotene Mindestmaß beschränkt. Durch geeignete Maßnahmen wird eine

sachgemäße Verteilung des Zuckers

im nächsten Wirtschaftsjahr herbeigeführt werden; die Verwendung von inländischem Zucker zur Herstellung von Trinkbranntwein wird verboten, zur Herstellung von Süßigkeiten weitgehend eingeschränkt. In Aussicht genommen ist ferner nach Einvernehmen mit den Ländern ein **Verbot der Herstellung starker Biere.** In der angesichts der hohen Fleischpreise besonders wichtigen Frage der Versorgung der Bevölkerung mit Seefischen soll auf eine genügende Versorgung der Hochseefischereien mit deutscher Kohle hingewirkt werden; das würde gleichzeitig ermöglichen, ein Verbot des Löschens in fremden Häfen an deutsche Fischdampfer und ein Ausfuhrverbot für Seefische zu erlassen.

Dem ärgernisgebenden und widerlichen Treiben in den

Schlemmergaststätten

und in manchen Vergnügungslokalen muß Einhalt geboten werden; es ist Aufgabe der Länder und Gemeinden, durch Steuern und sonstige durchgreifende Maßregeln diesem wachsenden und beschämenden Unfug entgegenzutreten. In Preußen ist bereits eine Verfügung vorbereitet dahin, daß bei Behandlung von neuen Konzessionsgesuchen für Schanklokale das Bedürfnis grundsätzlich verneint werden solle.

Auf dem Gebiet der Fürsorge für die notleidende Bevölkerung sind vor allem verstärkte

Hilfsmaßnahmen für Kriegsbeschädigte, Kriegshinterbliebene, Sozial- und Kleinrentner

eingeleitet. Die Teuerungszuschüsse für bedürftige Kriegsbeschädigte und Kriegshinterbliebene sind mit Wirkung vom 1 August 1922 erhöht worden und erhöhen sich ab 1. September 1922 um durchschnittlich weitere 66⅔ Proz. Die Hauptfürsorgestellen sind ferner ermächtigt, für Kriegsbeschädigte und Kriegshinterbliebene Wintervorräte vorschußweise zu beschaffen. Auch die Mittel der sozialen Fürsorge für Kriegsbeschädigte und Kriegshinterbliebene sind verdoppelt, für Kleinrentner steht das gleiche bevor. Die Bezüge der Sozialrentner sind erst vor kurzem aufgebessert worden; Verhandlungen über weitere Hilfsmaßnahmen stehen vor dem Abschluß. Um eine bessere und sparsame Ernährung besonders bedürftiger Volkskreise zu ermöglichen, soll der Ausbau und die Erweiterung der Volks-, Kinder- und Studentenspeiseanstalten soweit wie irgend möglich angestrebt werden.

Auf dem Gebiete des Transportwesens hat die Reichsbahnverwaltung alle Vorbereitungen getroffen, um für den Winter einen möglichst geregelten Abtransport der Kohlen, der Kartoffeln und des Getreides zu sichern; der Lokomotivbestand ist gegen das Vorjahr etwas, der Bestand an Güterwagen erheblich vermehrt. Es bestand im Ministerrat Einmütigkeit darüber, daß die Uebertretung der bestehenden und der neu hinzukommenden im Interesse des Volksganzen erlassenen Verbote unter

scharfe Strafen,

insbesondere unter Gefängnisstrafen gestellt werden müßte.

Das Reichskabinett ist entschlossen, in Erkenntnis der Gefahren, denen bei einer Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage weite Bevölkerungsschichten ausgesetzt sein würden, mit schnellen und umfassenden vorbeugenden Maßnahmen einzugreifen. Die in der Sitzung des Ministerrats vorbereiteten und hier skizzierten Absichten der Reichsregierung werden am Montag mit den Vertretern der Länder und unmittelbar durchgeführt werden.

*

Die Maßnahmen der Reichsregierung, wie sie im vorstehenden Communiqué angekündigt werden, sind beachtliche Anfänge zur Durchführung eines Wirtschaftsprogramms, das die schwierigsten Nahrungssorgen für den Winter von den betroffenen Kreisen, insbesondere von den Sozialrentnern abwenden soll. Aber es sind erst Anfänge. Zu begrüßen ist es, daß man ohne Vorurteile die Vorschläge der Gewerkschaften mit aller gebotenen Beschleunigung geprüft und in der Tat positive Maßnahmen ins Auge gefaßt hat. Um nur auf einige, noch dringend einer weitergehenden Regelung bedürftige Punkte hinzuweisen, sei hervorgehoben: Es genügt nicht, dem Unwesen der Schlemmerei durch Steuern entgegenzutreten, es muß auch die Zuckerversorgung bereits bei der Einfuhr richtig organisiert sein, um zu verhindern, daß ausländischer mit inländischem Zucker zusammen in den Versorgungsmarkt kommt und daß in Wirklichkeit der Auslandspreis des Zuckers maßgebend wird. Auch die Kartoffelversorgung müßte noch straffer organisiert werden, vor allem, um zu verhindern, daß eine unnötige Belastung der Eisenbahnen eintritt, welche die Gesamtversorgung mit Lebensmitteln nachteilig beeinflussen würde. Schließlich aber muß noch mehr als in den kurzen Andeutungen der Regierung zum Ausdruck kommt, für die Kriegsinvaliden und -hinterbliebenen sowie für die Sozialrentner gesorgt werden. Eine Erhöhung der Papiermarkbezüge nützt hier wenig — sie ist meist schon entwertet, ehe die Zahlung erfolgt. Man müßte unter allen Umständen eine Hilfe durch Lieferung von Lebensmitteln in großzügigster Weise organisieren und mit Hilfe der von den großen Organisationen schon gebildeten oder noch zu bildenden Bezugsvereinigungen in ähnlicher Weise wie bei der Kartoffelversorgung eine Gewähr dafür schaffen, daß die Aermsten der Armen, die Hilfsbedürftigsten der Hilflosen wenigstens etwas zu essen bekommen. Ohnehin sind die schwer genug davon betroffen, daß sie durch die Geldentwertung ihrer mühsam erarbeiteten oder im Kriegsdienst mit Lebensgefahr und körperlichen Schäden verdienten Bezüge so gut wie enteignet worden sind.

Die Presse zu den Gewerkschaftsforderungen.

Die Forderungen der Gewerkschaften an die Reichsregierung, die bekanntlich nicht als ein starres Programm anzusehen sind, sondern als eine Gesamtheit von Vorschlägen zur Abwendung und Milderung der drohenden Wirtschaftskatastrophe, erfahren natürlich bei denjenigen Kritikern der Rechtsparteien, die nur das rote Tuch der Zwangswirtschaft sehen, scharfe Ablehnung. Um so erfreulicher ist es, daß selbst ein Blatt wie der deutschnationale „Tag" die Wünsche der Gewerkschaften folgendermaßen würdigt:

„In diesen Forderungen der Gewerkschaften ist ohne Zweifel sehr viel enthalten, dessen Durchführung unserer Wirtschaftslage zum Segen gereichen würde, insbesondere wird sich jeder Vernünftige ohne weiteres damit einverstanden erklären, daß die Einfuhr von Luxusartikeln verboten wird und daß der unmäßige Aufwand in Gast- und Speisewirtschaften, insbesondere in den Schlemmerlokalen, verhindert wird. Es ist schon lange allen ehrlich Arbeitenden ein Dorn im Auge, daß eine kleine Oberschicht von Schiebern und Ausländern sich jeden Luxus gestatten kann, während die große Masse des werktätigen Volkes immer weiter verelendet und nicht weiß, wovon sie den notwendigsten Lebensunterhalt bestreiten soll. Andere Forderungen wirtschaftspolitischer Natur, die auf eine Wiedereinführung der Zwangswirtschaft hinauslaufen, verfolgen sicher sehr gute Zwecke. Es ist nur in dem einzelnen Falle sorgsam zu prüfen, ob sie die geeigneten Mittel vorschlagen."

Die „Germania" sieht in der Besserung der Valuta die hauptsächlich von außen her erfolgen kann, das einzige Heilmittel und rät von einer überstürzten Einführung zwangswirtschaftlicher Maßnahmen ab.

„Der Deutsche", das Blatt der christlichen Gewerkschaften, beschäftigt sich in ausführlichen Artikeln mit der Wirtschaftslage und verlangt u. a. zur Bekämpfung des Luxusverbrauches eine diktatorische Zoll- und Steuerpolitik:

„Solche Maßnahmen finden, wenn sie in ihrer volkswirtschaftlichen Notwendigkeit nur volkstümlich und richtig begründet werden, unter allen Umständen die nötige Unterstützung. Nichts ist verbitternder und sozial verletzender als der prunkende Luxus einer winzig kleinen Schicht gegenüber der furchtbaren Not der Gesamtheit."

Wenn sich sämtliche bürgerlichen Parteien in dieser sachlichen Weise mit den das ganze Volk angehenden Wünschen der Gewerkschaften befassen würden und nicht nach Vorwänden suchen, um dem lieben Nächsten die Schuld an der allgemeinen Verelendung in die Schuhe schieben zu können, wird der energische Schritt der Gewerkschaften in der Tat bald zu Maßnahmen führen müssen, die die unabwendbare Not wenigstens mildern können, wenn auch ihre Beseitigung ohne Ententehilfe kaum mehr denkbar ist.

Vertreter der sozialistischen Reichstagsfraktionen beim Reichskanzler.

SPD. Berlin, 28. August. (Drahtber.)

Der Reichskanzler empfing heute mittag die Vertreter der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion und der unabhängigen Sozialdemokratie, um sie über die augenblickliche Lage zu unterrichten. Vor allem gab der Kanzler einen ausführlichen Ueberblick über die letzten Verhandlungen mit den Vertretern der Reparationskommission und erörterte den Inhalt des letzten Angebots zur Erlangung eines Moratoriums. Auch der beigelegte bayrische Konflikt wurde nochmals erörtert. Die Vertreter der beiden Parteien brachten zum Ausdruck, daß sie im großen und ganzen mit der Politik der Reichsregierung in den letzten Wochen einverstanden sind. Auf Veranlassung des Genossen Wels erklärte sich der Reichskanzler bereit, die in Berlin weilenden Genossen Edo Fimmen vom Gewerkschaftsbund Amsterdam, Jouhaux und Tom Shaw von der zweiten Internationale zu empfangen.

Die bayrische Verwirrung.

Die Polizei gegen die Rechtshetze.

München, 25. Aug., 11 Uhr nachts. (Eig. Drahtb.)

Die Münchener Polizeidirektion hat sich angesichts der durch den Aufruf des „Ordnungsblocks" geschaffenen ernsten Lage offensichtlich auf Weisung des Ministerrats veranlaßt gesehen, die heutige Massendemonstration gegen den „Friedensschluß mit dem Reich" zu verbieten. Als Vorwand diente ihr, daß die Zustimmung des Landtagspräsidenten zur Demonstration im Bannkreis nicht zu erlangen sei, da er von München abwesend ist. Die Münchener Rechtsbolschewisten kümmerten sich natürlich nicht um das Verbot. Sie versuchten den Uebergang über die Isarbrücke zu erzwingen, wurden jedoch von der Polizei daran gehindert. Um den Königsplatz hatte sich dem Verbot zum Trotz eine große Menschenmenge angesammelt, die sich mit dem Absingen nationalistischer Lieder beschäftigte. Schließlich räumte die Polizei den Platz und die anschließenden Straßen. Die Demonstranten formierten darauf die Züge und zogen unter Absingen von antisemitischen Kampfliedern durch das Zentrum der Stadt. Vor dem Verlagsgebäude der „Münchener Post" und vor den Quartieren der Ententekommission wurde Halt gemacht und die üblichen Drohungen ausgestoßen. Die Leitung der „Nationalsozialistischen Arbeiterpartei" zog sich über die Isar zurück, um bei Bollinger Kriegsrat zu halten. Hiebei kam es zu einem Zusammenstoß mit der kommunistischen Jugend. Die Kämpfenden wurden von der Polizei getrennt. Im übrigen ist der Abend ohne weitere Störung verlaufen.

Die Form, in der die Polizei den Willen des Ministerrats durchzudrücken versuchte, war charakteristisch für den Geist, von dem sie beseelt ist. Das Plakat, das in den Abendstunden angeschlagen wurde, nennt die Demonstration gegen die Reichsregierung überhaupt nicht beim Namen und spricht fortgesetzt nur von einer „Teuerungsdemonstration".

*

Die Nebenregierung der Straße.

SPD. Berlin, 27. August. (Drahtbericht.)

Die Lage in Bayern wird immer verworrener. Während die Regierung Lerchenfeld den gestrigen Demonstrationszug als einen wesentlichen Erfolg buchen kann, der die [illegible] Autorität und den Zusammenhalt der energisch eingreifenden Polizeiorgane [illegible] bestätigt, wächst die Opposition der Straße und der rechte Flügel der Koalitionsparteien gegen die Regierung des Grafen Lerchenfeld außerordentlich. Es ist nicht abzusehen, wie sich die Dinge weiter entwickeln sollen bei der Gegnerschaft der Regierungsparteien gegen ihr eigenes Kabinett und bei der nunmehr mit aller Schroffheit eingenommenen Kampfstellung der „Nebenregierung der Straße" gegen den Staat und seine Organe.

Die Bayrische Volkspartei eröffnet in ihrer parteioffiziösen Korrespondenz einen neuen Feldzug gegen die Reichsregierung, indem sie schreibt: „Wenn die Reichsregierung beabsichtigen sollte, die Berliner Vereinbarungen in dem Geiste durchzuführen, in dem die Veröffentlichung vom 24. August gehalten ist, so wird der soeben beendete Kampf naturgemäß bald wieder aufleben. In dem Augenblick, wo es sich zeigen sollte, daß die Reichsregierung ihre Zusicherungen an Bayern umgehen wollte, bleibt Bayern nichts übrig, als seine Lebensinteressen wieder mit eigenen Mitteln zu wahren."

Die Bayrische Volkspartei steht also in Opposition zur inneren Politik der bayrischen Regierung. Die gemäßigte bürgerliche Presse, darunter die „Münchener Neuesten Nachrichten", stehen in schroffer Opposition zur Außenpolitik des Reiches, und die Presse der Rechtsparteien wütet gegen die äußere und innere Politik Bayerns und des Reiches. Selbstverständlich ist der einzig profitierende Teil der nationalistische Straßenpöbel. Der wächst in den letzten Tagen durch eine beispiellose Demagogie zu einem gefährlichen Faktor der bayrischen Politik heran. Die Augsburger Zeitung spricht von der tiefen „Empörung", die die staatserhaltenden Elemente des Bürgertums ergriffen hat. Der Aufruf der vaterländischen Verbände aber droht mit dürren Worten mit dem Sturz der Regierung. Es heißt da: „Deutsche! Bayern! Man hat Angst und glaubt an lächerliche Putschgerüchte. Gewiß wackeln verschiedene Ministersessel und man greift zum letzten Mittel jeder wackligen Regierung: zur brutalen Unterdrückung. Ein Schrei der Entrüstung muß solche Männer hinwegfegen. Los von Berlin! Bayern voran im Reiche!

Ein bezeichnendes Bild von dem rechtsbolschewistischen Treiben in München geben die Berichte der von den Nationalisten eingenommenen „Kampfstellung" im Münchener Kindlkeller gestern abend. Der Hauptlhetzer dieser Organisation füllte die Zeit während des „Kriegsrats" der Parteileitung teilweise mit Beschimpfungen des Ministerpräsidenten aus. „Der Ministerpräsident kann nicht einmal seine Frau regieren, geschweige denn das Land." Die Nationalbolschewisten hatten dann Zuzug von 1500 Oberländlern erhalten, die offenbar mit dem Gelde des Ordnungsblocks zu Putschen nach München geladen worden waren. Diese wackeren Bayern vergnügten ihre antisemitischen Gesinnungsfreunde aus dem Norden mit Schuhplattlern und Messertänzen. Auch die frühere Einwohnerwehr hatte gestern große Bereitschaft und übte einen regen Patrouillendienst aus. Die Nachricht von der Ankunft der Oberländler wurde in ihrem Wachlokal mit großer Begeisterung aufgenommen. Zu einer Schießerei und Messerstecherei kam es bei der Abreise der Oberländler am Ostbahnhof. Als Parole wurde gestern das Schlagwort: Hoch Kahr, nieder mit Lerchenfeld! gebraucht. Trotz alledem ist diesmal die rechtsbolschewistische Aktion ins Wasser gefallen. Die 50 Automobile, die die Flugblatt-Propaganda betrieben, sind umsonst engagiert, das Bier umsonst getrunken und das Kampfgeschrei umsonst erhoben worden. Es wäre nur zu hoffen, daß die Regierung den Ernst der Lage erkennt und eine Wiederholung derartiger Skandale, die bereits von den Nationalisten angekündigt sind, ebenso rücksichtslos unterdrückt wie gestern. Im übrigen muß zugestanden werden, daß auch bürgerliche Blätter jetzt warnend ihre Stimme erheben und die „Neue Münchener Zeitung" den Abdruck des Aufrufs der Nationalverbände verweigerte. So beginnt der katholische Tag morgen unter recht merkwürdigen Auspizien. Wie ein Hohn klingt der Begrüßungsartikel der „Münchener Zeitung": „Ueber allem steht die Liebe!"

*

Neuerliches Zeitungsverbot in München.

Wie aus München gemeldet wird, ist die schon zweimal verboten gewesene kommunistische „Neue Zeitung" neuerdings auf drei Wochen verboten worden.

Der Temps über ein deutsches Golddepot im Ausland.

Paris, 28. August.

Der „Temps" scheint nicht damit zu rechnen, daß die französische Regierung mit der Garantierung der staatlichen Minen und Forsten durchdringen wird. Er schlägt von sich aus vor, die deutsche Reichsbank solle bei der Bank von England oder irgendeiner anderen ausländischen Bank eine Goldreserve deponieren, die den Wert der für August bis November fälligen deutschen Barzahlungen entspricht, bis die Alliierten eine Lösung des Reparationsproblems im Zusammenhang mit dem interalliierten Schuldenausgleich gefunden hätten. Belgien würde von den Banken Kredite eröffnet werden, über die es nach Gutdünken verfügt. Dadurch würde Belgien seine Prioritätsrechte als gedeckt erachten.

Teilweise Aufhebung der Retorsionsmaßnahmen Poincarés.

Die Zeitungsmeldungen über die teilweise Aufhebung der Retorsionsmaßnahmen werden durch eine der deutschen Regierung zugegangenen amtlichen Mitteilung der französischen Botschaft nunmehr bestätigt. Danach werden einstweilen neue Massenausweisungen von deutschen Einwohnern aus Elsaß-Lothringen nicht mehr erfolgen. Die Sequestration der Güter der Vertriebenen ist aufgehoben worden. Auch die deutschen Guthaben sind wieder freigegeben. Die Aufhebung der weiteren Retorsionsmaßnahmen wird für den Fall der Zahlung der restlichen Ausgleichsraten in Aussicht gestellt. Gleichzeitig schlägt die französische Regierung vor, in Verhandlungen über den Abschluß eines der Reparationskommission zu unterbreitenden deutsch-französischen Abkommens über eine endgültige Regelung der Ausgleichszahlungen einzutreten. Die Bereitwilligkeit hierzu ist der französischen Botschaft erklärt.

Deutsche Vertreter vor die Reparationskommission geladen.

Paris, 28. August.

Die Reparationskommission, an deren Sitzung sämtliche Delegierte und Berater Frankreichs, Englands, Italiens und Belgiens, sowie der inoffizielle amerikanische Botschafter teilnahmen, gab an die Presse folgendes Kommunique aus:

Die Reparationskommission ist der Auffassung, daß sie über das von der deutschen Regierung am 12. Juli eingereichte Stundungsgesuch nicht vor kommenden Mittwoch eine Entscheidung treffen kann. Die Reparationskommission hat die Reichsregierung darüber verständigt, daß sie geneigt ist, im Laufe des Mittwochs bevollmächtigte deutsche Vertreter anzuhören, falls die deutsche Regierung von ihrem in Artikel 234 des Versailler Friedensvertrages stipulierten Recht, ihrerseits ihre Meinung zu äußern, Gebrauch machen will. Der Beschluß ist einstimmig erfolgt. Die allseitig möglichst rasch gewünschte Entscheidung dürfte Mittwoch abend zu erwarten sein.

Als deutsche Vertreter werden hier Dr. Hermes und Staatssekretär a. D. Bergmann bezeichnet, die am Dienstag mit der Reparationskommission in Verbindung treten werden.

Berliner Eindrücke der Reparationsdelegierten.

London, 26. August.

Die „Sunday Times" veröffentlich eine Erklärung Bradburys bei seiner Rückkehr aus Berlin. Es heißt darin:

Ich bin überzeugt, daß Deutschland ernste Anstrengungen machen wird, die Forderungen der französischen Regierung zu erfüllen. Ich bin fest davon überzeugt, daß die französische Regierung ebenfalls ihr Möglichstes tun muß, um Konzessionen zu machen.

Dagegen behauptet der „Matin-Korrespondent", die Delegierten hätten erklärt, Berlin sei eine Stadt von bewunderungswürdiger Tätigkeit und es fehle niemandem an Geld. Die Delegierten hätten ein Land gesehen, dessen Bürger reich sind, während die Stadt unmittelbar vor dem Bankrott stehe.

Barrikadenkampf in Le Havre.

Paris, 28. August.

Die Ausständigen in Le Havre hatten vorgestern in der Hauptstraße Barrikaden errichtet, die von der Gendarmerie erstürmt werden mußten. Auf Seiten der Streikenden wurden drei Mann getötet. Insgesamt sind 37 zum Teil schwer verletzte Arbeiter und Soldaten in die Hospitäler eingeliefert worden. Gestern früh um 3 Uhr wurde das Gebäude, in dem die Streikleitung ihren Sitz hat, ohne Blutvergießen von den Truppen eingenommen. Insgesamt sind in der Stadt über 3000 Mann Truppen zusammengezogen. Es wurde über die Stadt der Belagerungszustand verhängt.

Die Hilfsaktion für Oesterreich.

Rom, 28. August.

Heute beginnen die Beratungen zwischen dem von Verona nach Rom gekommenen Sachverständigen Scholler und dem italienischen Schatzminister Paratore. Die Ergebnisse werden am Dienstag dem Ministerrat mit dem Bericht Schanzers über die Konferenz von Verona unterbreitet. Paratore erklärte, Italien sei gegenüber Oesterreich zu Entgegenkommen bereit.

Zur sozialistischen Einigung.

Der „Sozialdemokratische Parlamentsdienst" schreibt:

Mehrere bürgerliche Blätter verbreiten eine Korrespondenzmeldung über die „Einigung der Sozialistischen Parteien". Es wird u. a. behauptet, die offiziellen und inoffiziellen Besprechungen zwischen den Vertretern der beiden Sozialistischen Parteien seien soweit gediehen, „daß als sicher bevorstehendes Ergebnis heute schon die Einigung der beiden Parteien im Herbst bezeichnet werden kann". Es wäre uns nur angenehm, diese Mitteilung bestätigen zu können. Vorläufig aber eilen die Angaben den Tatsachen voraus. Bekannt ist, daß zwischen beiden Parteien schon vor mehreren Wochen Besprechungen über die Einigung stattgefunden haben. Seit dieser Zeit erfolgten zwischen den Parteivorständen keine offiziellen Besprechungen mehr. Soweit Beschlüsse der Parteitage in Augsburg und Gera über die Einigung in Frage kommen, sollen zwischen den beiden Zentralinstanzen Verhandlungen erst noch festgesetzt werden. Die Einigung kann also, so sehr wir sie wünschen, vorläufig noch nicht als sicher bevorstehendes Ergebnis der Parteitage bezeichnet werden. Damit sind vorläufig auch die Angaben der Korrespondenzmeldung über die Einigung der 2 und 2½ Internationale ohne weiteres hinfällig.

* * *

Die Zentralinstanzen der USP. befaßten sich am Freitag, und Samstag u. a. auch mit der Einigungsfrage. Die Zentralleitung wurde beauftragt mit unserem Parteivorstand offizielle Verhandlungen über die Vorbedingungen zur Vereinigung aufzunehmen. Diese Verhandlungen sollen von den Genossen Crispien, Dittmann und Hilferding geführt werden.

Herr Emil Eichhorn und Herr Georg Berthele beide abhängig von russischem Solde, glauben scheinbar, das Streben nach Einigung innerhalb der Unabhängigen Sozialdemokratie und unserer Partei eindämmen zu können. Sie beide leisten sich nämlich in der „Roten Fahne" folgende Aufforderung: „Angesichts der völligen Verschmelzung der USPD. mit der reformistischen im Schlepptau der bürgerlichen Koalition segelnden SPD. fordern wir die ehemaligen parlamentarischen Vertreter der KAG. wie alle diejenigen in der USPD., die den Rechtsabmarsch ihrer Partei und die Preisgabe aller sozialistischen Grundsätze nicht mitmachen wollen, auf, sich der einzigen revolutionären Partei der Kommunistischen Partei Deutschlands, anzuschließen." — Ob sich Herr Emil Eichhorn und sein Gesinnungsfreund einbilden, daß ihre geistige Armut werbend wirkt? Oder sollte ihre Aufforderung auch auf Geheiß Moskaus erfolgt sein? Wir sind überzeugt, Eichhorn und Berthele werden weiterhin die „Fraktion der Unvernunft" bilden und mit Eberlein und Genossen ohne Zuwachs „Vereinigte Kommunistische Partei" spielen.

Für das Verbleiben Oberschlesiens bei Preußen

Wie die „Schlesische Volkszeitung" meldet, haben die oberschlesischen Sozialdemokraten, das Zentrum, die Demokraten, die Deutschnationalen und die Deutsche Volkspartei gemeinsam einen Aufruf erlassen, in dem sie ihre Anhänger auffordern, bei der Abstimmung am 3. September für das Verbleiben Oberschlesiens bei Preußen zu stimmen.

Ein August-Bebel-Denkmal für Köln? Die sozialdemokratische Arbeiterschaft Kölns veranstaltete einen sogenannten „Ferientag der Arbeit", dessen Ertrag einem Denkmal für August Bebel zugute kommen soll. An der Veranstaltung beteiligten sich Zehntausende. Die englischen und holländischen Sozialdemokraten, die anläßlich der Eröffnung der englisch-deutschen Sommerschule auf Schloß Brühl weilten, hielten Ansprachen.

Der Traum vom arischen Kaiserreich.

Von Carlo Mierendorff.

Sind die Völkischen erledigt? Es hat den Anschein, als habe die völkische Tollwut mit den Schüssen auf Rathenau sich selbst den Garaus gemacht. Bayern und Württemberg ausgenommen, ist der Schutz- und Trutzbund in allen Ländern verboten. Herr Wulle mußte mitteilen, daß seine beiden Berliner Blätter über Nacht jäh verschieden sind. Vermutlich ist es der Deutschnationalen Partei doch etwas schwül geworden. Aber die völkische Besessenheit ist zu tief eingefressen, als daß sie auf Kommando abgeblasen werden könnte. Jetzt muß sich zeigen, ob die Republik nicht nur den guten Willen, sondern auch den langen und starken Arm hat, die völkischen Nester selbst aus den verborgensten Schlupfwinkeln herauszuholen und zu zerdrücken. Was jetzt kommt — die illegale Existenz der Völkischen — ist noch viel gefährlicher. Menschen, die so bis über den Hals mit Haß und Rachegelüsten vollgestopft sind und sich stündlich noch künstlich hineinsteigern, haben eine gute Nase für Schleichwege. Vom Kampf gegen die Völkischen ist also erst der erste Akt herum. Wehe denen, die die vorläufige Entspannung für das Ende halten! Es ist nur eine Atempause! Die Völkischen werden sich umorganisieren, um eines Tages aus einem noch tödlicheren Hinterhalt hervorzubrechen. Es darf ihnen keine Luft gelassen werden, sich zu erholen. Der Münchner Aufstand zeigt, wie die Bewegung bereits über ihren Ursprung hinausgewachsen ist. Was ist da noch reiner Antisemitismus? Das Band, das die Völkischen eint, sie zu geschworenen Todfeinden der Republik macht, ist fester und stärker. Es ist der **Haß gegen das gesamte neue Deutschland,** das sich zu beweisen beginnt. Ganz besonders die Ueberraschung vor dieser Tatsache, mit der sie in solchem Umfange nicht gerechnet hatten, hat ihnen den Schaum vors Maul getrieben. Man müßte nicht unsere Alldeutschen kennen, um nicht zu wissen, daß ihre Mordlust und ihre bornierte Roheit mit Pauken und Trompeten in den Faszismus einschwenken wird. So nach italienischem Muster zu „herrschen" und zu schlachten ist ganz nach ihrem Sinn. Gibt es aber heute in Bayern jemand, der noch imstande wäre, die Meute zu meistern? Es ist die gegebene Situation für Desperados und völkische Freibeuter. Keinen Augenblick darf man bei der Behandlung des „völkischen Problems" dies aus den Augen lassen. Die **Völkischen lechzen nach Blut.** Und wenn es ein Märchen und ein Hirngespinst war, die Juden brauchten Christenblut und schlachteten die kleinen Kinder, um ihrem Gott zu dienen, so ist es jetzt unleugbar, daß umgekehrt die Völkischen nach Judenblut lechzen. **Der Mord an Rathenau war ein völkischer Ritualmord.**

Der Traum vom arischen Kaiserreich ist noch lange nicht ausgeträumt, denn hinter der völkischen Trutz- und Schutzmaske grinst seit dem ersten Tage die reaktionäre Fratze. Ist es Zufall, daß Ludendorff die antisemitisch Literatur empfiehlt? Ganz bestimmt tut er es nicht, um sich während des (dank der ausländischen Milliardenhonorare) allzu faulen Daseins sich und den Getreuen das Gruseln beizubringen. „Die Geheimnisse der Weisen von Zion", die er anpreist, sind eine glatte Fälschung von völkischer Hand nach der russischen Fälschung einer französischen Schmähschrift gegen — einen Monarchen (Napoleon den Dritten), in der von Antisemitismus kein Wort steht. Er weiß, daß der allvölkische Leim schon manchen Gimpel gefangen hat. Die Völkischen haben, meint er sicherlich, so den Dreh heraus, sich beim „Volk" gut Freund zu machen. Ohne das kommt man ja leider heutzutage bei der „verfluchten Demokratie" nicht aus, und von früher hat man selbst nicht so die rechte Art, den Volkston zu treffen. Denn sind die Völkischen gegen die Republik? Beileibe nicht. Sie sind bloß gegen die jüdische Republik. Den Sack schlägt man, aber dem Esel gilt's. Jetzt wird die Arbeiterschaft nach allen Regeln der Kunst poussiert, um sie aus den Klauen des Kapitalismus zu „retten". Weil auch den (nach Sozialismus und Ritualmord, hohen Preisen und Revolution) die Juden erfunden haben!! Nun — das kapitalistische System wird auch ohne die Juden leben. Unternehmertum bleibt Ausbeutung, im Namen Gottes, im Namen Jehovas wie im Namen von Teut und Wodan. Bestimmt aber wird es im arischen Kaiserreich Arier verschiedener Sorte geben, Edel-arier und Prolet-arier, Arier erster und Arier zweiter Klasse. Knüppel-Kunze hat es durch seine Adjutanten schon Stinnes versichern lassen, daß er die Arbeiter „auf den richtigen Weg zurückbringen" werde; er solle ihm nur das nötige Geld dazu geben. Herr Wulle preist sich bei den Agrariern an, daß seine Zeitung „ein vorzügliches Mittel sei, die Landarbeiterschaft national zu beeinflussen". In höchst eigner Person aber wirbt Friedrich Wilhelm, Prinz von Preußen, mittels Handschreibens und „besten Gruß Ihr sehr ergebener" um Abonnenten und Aktionäre (warum nicht gar um Inserate) für die „Deutsche Zeitung". Sie habe „in vornehmster (!!) und tapferster Weise die Anschauungen der unabhängig völkisch gesinnten Kreise vertreten". Der Hochverräter Ehrhardt schließlich macht in München (und Budapest, versteht sich) eine Bank auf und läßt sie auf seinen Namen taufen, damit die Monarchie auch gut arisch finanziert sei. „Meiner Ansicht nach ist die Arbeit, die die Aufklärung des Volkes über den jahrzehntelangen Kampf zum Ziele hat, den das Judentum gegen Monarchie und Vaterland führt, gleichzeitig ein **Kampf für die Monarchie und den konservativen Gedanken".** (Unserer Ansicht nach auch.) Also gesteht's Otto Fürst Salm. Ein schlauer Salm, jetzt nicht schlau genug; denn ausgerechnet der Begründer der „Kreuzzeitung", der Vater eben dieses „konservativen Gedankens", war leider der — Jude Schlesinger, nach seiner Taufe Friedrich Julius Stahl geheißen. Nicht einmal dazu langte ihnen also der Verstand.

Die völkische Bewegung ist eine nationale Geisteskrankheit. Nie ist niederträchtiger und feiger gehandelt, nie schamloser gelogen worden als im Namen des völkischen Deutschtums. Die Demagogie feiert Orgien und die Dummen tragen fleißig Groschen und Haut zu Markte. **„Auf die Mistgabel werden wir Euch spießen",** gelobt in einem Flugblatt Herr Sähring aus Sangarten in Brandenburg. Wen? Die Juden? Vielleicht. Bestimmt aber die Uebertölpelten, wenn sie ihren Lohn holen kommen. Und mit Recht; denn noch immer hat auf Dummheit die Todesstrafe gestanden.

Die arischen Edelinge müssen ihrem Götzen neue Schlachtopfer bringen, damit er das arische Kaiserreich aufgehen lasse. Mit völkischem Geheul umtoben sie ihren Stammvater, den gehörnten Siegfried. Sie konnten sich keinen besseren Ahnherrn erwählen. Wenn er auch eine Märchenfigur ist, so viel steht immerhin fest, daß er — Hörner trägt.

Um das Verbot der „Roten Fahne".

SPD. Die preußische Regierung hat vor wenigen Tagen dem bayrischen Staatsministerium bekanntlich Mitteilung von dem Verbot der „Roten Fahne" gemacht und gleichzeitig auf die unerhörten Beleidigungen hingewiesen, die sich ein Teil der bayrischen Presse fast alltäglich gegen die Reichsregierung und die preußische Staatsregierung leistet. Die bayrische Regierung hat es bisher weder für notwendig gehalten, den Brief zu beantworten, noch die Ehre der Reichs- und preußischen Staatsregierung in gebührendem Maße zu schützen. Statt an der richtigen Stelle zuzugreifen, verbietet sie sozialistische Zeitungen, die es wagen, der Katze die Schelle umzuhängen. Solange die bayrische Regierung sich nicht dazu entschließen kann, auch in ihrem Hoheitsgebiet ordentliches Recht gelten zu lassen, solange charakterisiert sie sich moralisch selbst, wenn sie einen besonderen Schutz durch die preußische Regierung beansprucht. Nachdem Bayern gezeigt hat, wie es in seinem Lande mit der Anwendung des Rechtes steht, begrüßen wir die von dem Preußischen Ministerium des Innern am Freitag verfügte Verkürzung des Verbotes der „Roten Fahne" auf 10 Tage. Am 29. August darf das Kommunisten-Zentralorgan wieder erscheinen. Veranlassung hierzu gab eine Beschwerde, die die „Rote Fahne" am 23. August eingelegt hatte und in der versichert wurde, daß die Redaktion nicht die Absicht gehabt habe, die bayrische Regierung durch die beanstandeten Ausdrücke zu beschimpfen; sie habe vielmehr ausschließlich gegen die Handlungen dieser Regierung protestieren und auf die Gefährlichkeit dieser Handlungen hinweisen wollen. An einer anderen Stelle der Beschwerdeschrift wird gesagt, daß es der „Roten Fahne" durchaus fernliege, zum Zwecke der Beschimpfung einzelne Personen anzugreifen. Bezüglich des beanstandeten Aufrufes des Exekutivkomitees der kommunistischen Internationale sei sich die Schriftleitung keinesmegs bewußt gewesen, daß dieser Aufruf als Verstoß gegen das Gesetz zum Schutze der Republik gewertet werden würde.

Hoffentlich zieht die „Rote Fahne" für die Zukunft trotz aller russischen Rubel aus dem erlittenen Schaden die notwendigen Lehren und „protestiert" künftighin vorsichtiger und weniger zweideutig.

Notwendiger Amtswechsel.

Vor wenigen Tagen ging ein Schreiben des Postministers an den Reichsfinanzminister durch die Presse, in dem auf die Notwendigkeit der Uebernahme überzähliger Postbeamten hingewiesen wurde. Wie der Soz. Parlamentsdienst mitteilt, haben die inzwischen über die Angelegenheit geführten Verhandlungen zu dem Beschluß geführt, daß bis zum 31. Mai 1923 25 000 Postbeamte anderen Reichsverwaltungen zugeführt werden sollen. Das Reichsfinanzministerium will allein 12 500 Postbeamte übernehmen. Falls sich nicht genügend Postbeamte freiwillig melden, sollen sie auf Grund des § 23 des Reichsbeamtengesetzes (Versetzung in ein anderes Amt) anderen Behörden überwiesen werden.

Amerikanische Bankiers für die Wiederherstellung Europas.

Der „Daily Telegraph" erfährt aus Neuyork: In Williamstown (Massachusetts) findet eine nichtoffizielle Konferenz amerikanischer Bankiers statt, auf welcher Pläne zur Wiederherstellung Europas erörtert werden. In diesen Plänen soll eine Streichung der Schulden der kontinentalen Alliierten an Amerika in Aussicht genommen sein. Die Schulden Englands müßten jedoch bezahlt werden. Es sei vorgesehen, daß Amerika dann gemeinsam mit Großbritannien den wirtschaftlich schwächeren Ländern Bedingungen auferlegen würde, die eine Wiederherstellung des Handels und des wirtschaftlichen Gleichgewichts bezweckten. Die Reformen für den Kontinent, an denen man festhalten müsse, umfaßten 1. eine Reform der Staatsfinanzen einschließlich einer Steuererhöhung und Verminderung der Heeresausgaben; 2. die Wiederherstellung der Goldbasis auf einer neuen, bedeutend niedrigeren Goldparität; 3. eine wirtschaftliche Regelung der deutschen Reparationsfrage, die eine große Herabsetzung der Forderungen an Deutschland umfasse, sowie ein Moratorium von 3 oder 5 Jahren, falls keine ausländische Anleihe Deutschland die Möglichkeit gibt, einen Teil seiner Reparationen zu zahlen; 4. die Beseitigung der zahlreichen künstlichen, von verschiedenen Ländern Europas errichteten Handelsschranken. Dieser Plan, welcher von dem Wirtschaftler Dr. Anderson von der Chade National Bank in Neuyork stammt, protestiert auch gegen die hohen amerikanischen Schutzzolltarife, die ein Hindernis für den Wiederaufbau der Welt bildeten.

Arbeitslosenversicherung — eine Art Faulheitsprämie.

Dem Reichswirtschaftsrat ist der Entwurf einer Arbeitslosenversicherung zugegangen. Gegen dieses, den Interessen der Arbeiterschaft nur sehr bedingt Rechnung tragende Gesetz, hat jedoch sofort die Opposition des Landbundes eingesetzt. Die Agrarier wollen **überhaupt keine Arbeitslosenversicherung der Landarbeiter.** Die Agrarier wünschen, daß Arbeitslose, die gestreikt haben, die ersten vier Wochen nicht unterstützt werden. Diesem Verlangen folgt das nach einer „Regulierung", lies „Einschränkung der Freizügigkeit":

„Die Gefahr der Arbeitslosigkeit wird sehr häufig durch leichtsinnigen Berufswechsel oder Abwandern in andere Bezirke vergrößert. Die hierdurch hervorgerufenen Fälle von Arbeitslosigkeit werden ins Uferlose wachsen, wenn die einzigen Hemmungen des Berufswechsels und des Abwanderns die verschärfte Gefahr der Arbeitslosigkeit, durch eine Arbeitslosenversicherung beseitigt werden. **Eine gewisse Regulierung der Freizügigkeit ist deshalb die notwendige Ergänzung der Arbeitslosenversicherung."**

Solange es deutsche Junker gibt, wird die Leibeigenschaft ihr Ideal sein. Dabei ist die Freizügigkeit durch den Wohnungsmangel und die Geldentwertung in einer Weise eingeschränkt, daß auch der rückständigste Großgrundbesitzer damit vorlieb nehmen könnte. Was die Agrarier weiter bekümmert, ist die Höhe des zu zahlenden Unterstützungsbetrages. Mit Rücksicht auf die Valutaschwankungen soll diese nicht durch Gesetz festgelegt werden, sondern **durch ministerielle Festsetzung** erfolgen. Darin erblicken die Agrarier eine uferlose Belastung:

„Diese Vorschriften geben keinerlei Gewähr, daß diese Bezüge nicht ins Uferlose wachsen, und daß bei der unvermeidbar oft durch mangelhaften Kontrolle durch die Arbeitsnachweise die Arbeitslosenunterstützung nicht zu **einer Art Faulheitsprämie** wird. Eigenartig berührt ferner, daß der Reichswirtschaftsrat hierbei völlig ausgeschaltet werden soll, obgleich ein paritätisch von Arbeitgebern und Arbeitnehmern gebildeter Ausschuß des Reichswirtschaftsrates für die Zustimmung weit geeigneter wäre als eine Reichstagskommission, auf deren Beschlüsse Wahlrücksichten einen bestimmenden Einfluß ausüben können."

Im Reichstage wird durch die Arbeitervertreter auf diese deutschnationalen Frechheiten mit der nötigen Deutlichkeit geantwortet werden. Bis dahin registrieren wir, daß die Deutschnationalen nach wie vor Knechte ihrer nackten Selbstsucht sind und bleiben.

Die „Mißernte".

Kein Tag vergeht, ohne daß die agrarische Presse der Welt erzählt, wie schlecht es mit der Ernte dieses Jahr in Deutschland steht. Die Agrarier verstehen es, Lärm zu machen, um die Aufmerksamkeit der Oeffentlichkeit auf sich zu lenken. Ihr Geschrei kann in diesem Jahre infolge der bereits herrschenden Panik auf dem Lebensmittelmarkte sehr leicht die Köpfe verwirren. Es ist deshalb notwendig, der „Mißernte" etwas nachzuspüren. Es könnte auch nicht schaden, wenn das Reichsernährungsministerium so rasch wie möglich mit zuverlässigem statistischen Material über die Aussichten der diesjährigen Ernte hervortreten würde; denn die Angaben der Agrarier sind noch lange keine Beweise. Wenn die Herren wirkliche Beweise für eine Mißernte haben, dann sollen sie endlich einmal damit herausrücken. Es müßten die Namen der Gutshöfe, die Namen der Gemeinde, Bezirke usw. genau benannt werden, damit die Ziffern und Angaben nachkontrolliert werden können.

Die Sozialdemokratie wehrt sich in keiner Weise dagegen, berechtigte Klagen anzuerkennen und zu berücksichtigen. Aber sie will genau wissen, woran sie ist. Bisher haben die Kenner der landwirtschaftlichen Verhältnisse auf seiten der Sozialdemokratie auf ihren Reisen durch Deutschland nur folgendes feststellen können:

Strichweise gibt es sicherlich da und dort eine schlechte Körnerernte, genauer gesagt, eine schlechte Weizenernte. Der Hafer steht schon viel besser als der Weizen und noch besser steht der Roggen, dieser strichweise geradezu prächtig. In Schlesien ist die Getreideernte nicht hervorragend, in Masuren z. B. auch nicht. Aber Masuren ist noch lange nicht Ostpreußen und Schlesien noch lange nicht Preußen. Im besetzten Gebiete hat man den Verhältnissen bereits Rechnung getragen und das Umlagesoll herabgesetzt. In den Maingegenden ist die Getreideernte im allgemeinen nicht schlecht.

Nun aber einmal zugegeben, die Getreideernte sei nicht gut, da darf man doch daran erinnern, daß die Getreideernte nicht die ganze Ernte ist. Die Kartoffeln stehen gut und ebenso die Zuckerrüben. Heu und Grummet gab es in diesem Jahre reichlich viel. Natürlich haben nicht alle Gegenden bei allen Produkten eine gleichgute Ernte. Je nach der Höhenlage, je nach der Witterung ist das eine oder andere Produkt, ist die eine oder andere Gegend, ist der eine oder andere Landwirt im Vorteil oder Nachteil. Aber — „ganz unglücklich ist keiner". Dieser alte Spruch gilt besonders für die Landwirtschaft. Und das mögen die verantwortlichen Männer, die am kommenden Montag vom fünften Ausschuß des Reichstages in die Unterkommission zur Regelung der Umlagepreise gewählt werden, bedenken und beherzigen.

An unsere Parteigenossen im Lande draußen aber richten wir die Aufforderung, bei allen ihren Reisen und bei allen ihren Möglichkeiten, auf dem Lande sich umzusehen, die Gelegenheit nicht zu versäumen und sich ruhig und sachlich über den Stand der Ernte zu informieren. Die Beobachtungen müssen der Parteipresse zugeleitet werden, damit sie dort, wo es darauf ankommt, Berücksichtigung finden. Jeder Einzelne hat ein Interesse an der Ermittlung der Tatsachen; denn es geht heute um Kopf und Kragen jedes Einzelnen. Wer der allgemeinen Sache hilft, hilft sich selbst.

Der Reichseisenbahnbeirat.

Bekanntlich setzt sich der ständige Unterausschuß des neuen Reichseisenbahnrates nach der kürzlich vorgenommenen Wahl nunmehr aus 16 Mitgliedern zusammen. Darunter befinden sich nur 4 Arbeitnehmer. Auf den Vorwurf an die Adresse des Reichsverkehrsministeriums, daß die Parität der Vertretung der Arbeitnehmer- und Arbeitgeberschaft beseitigt sei, verlautete aus dem Reichsverkehrsministerium, daß nicht dieses, sondern nur der Reichseisenbahnrat selbst Einfluß auf die Art der Zusammensetzung des ständigen Ausschusses gehabt habe. Der Reichseisenbahnrat habe in seiner ersten Sitzung die Zahl der Mitglieder des Ausschusses auf 16 festgesetzt und zwar: 4 Vertreter für den Handel, 4 für die Industrie, 4 für Land- und Forstwirtschaft und 4 für die Arbeitnehmer. Diese seien jetzt neu hinzugekommen. — Die entsprechende Verordnung für die Reichswasserstraßen, die noch nicht ausgearbeitet ist, soll eine bessere Berücksichtigung der Arbeitnehmer bringen, wenn nicht der Reichsrat das verhindert.

Devisen-Kurse.

Berlin, 28. August.

Amtliche Devisennotierung an der Berliner Börse.

		26. August.	25. August.
Amsterdam	100 fl.	69912.50	71910.—
Brüssel (Antwerpen)	100 Frs.	12838.40	13238.35
Kristiania	100 Kr.	30561.75	32559.25
Kopenhagen	100 Kr.	38551.75	41048.10
Stockholm	100 Kr.	47740.25	49937.50
Helsingfors	100 finn. Mk.	4244.65	4594.25
Rom	100 Lire	7640.40	8029.90
London	1 £	7990.80	8239.65
New York	1 Doll.	1797.75	1847.65
Paris	100 Frs.	13483.10	13982.50
Zürich	100 Frs.	37107.80	34850.35
Madrid	100 Pesetas	27565.50	27965.—
Wien	100 K.	2.43	1.53
Prag	100 K.	6441.90	6791.50
Budapest	100 K.	100.27	107.86

Schiffsverkehr im Lübecker Hafen.

Angekommen am 27. August: S. Arno von Kopenhagen in 14 Std., D. Dora von Dorsgrund in 1½ Tg., D. Allis von Horsens in 17 Std., D. Max von Kopenhagen in 4 Tg., D. R. Bornhoven I von Faxö in 2 Tg., S. Wohldorf von Faxö in 8 Tg., S. Moorfleth von Faxö in 3 Tg., D. R. Bornhoven II von Faxö in 2 Tg., S. Max von Faxö in 5 Tg., S. Lucie von Eckernförde in 2 Tg. 28. August: D. Porto von Bremen in 33 Std., D. Pollux von Absens in 2 Tg., S. Johannes von Aalborg in 2 Tg.

Verantwortlich: Für Politik und Volkswirtschaft Dr. J. Leber; für Freistaat Lübeck und Feuilleton Hermann Bauer; für Partei und Gewerkschaften August Schulz; für Inserate Heinrich Steinberg. Verleger: Heinrich Steinberg. Druck von Friedrich Meyer & Co., sämtlich in Lübeck.

Steppdecken
Anfertig., Aufarbeiten u. Neubeziehen.
Spethmann, Breite Str. 31
(6158

Eimerbier
Dienstag von 3—6 Uhr.
6156) **H. Bade.**

Visitenkarten
schnell, sauber, preiswert
Buchdruckerei Friedr. Meyer & Co.
Johannisstraße 46.

Deutscher
Eisenbahner-Verband.
Ortsgruppe Lübeck.

Mitglieder-Versammlung
6187
am Mittwoch, 30. d. M., abends 7.30 Uhr, im Gewerkschaftshaus.
Tagesordnung:
1. Kartellbericht;
2. Lohn- und Gehaltsbewegung;
3. Innere Verbandsangelegenheiten.
Mitgliedsbücher vorzeigen. **Der Vorstand.**

Chorverein Lübeck.
Heute
Männerchor 7 Uhr.
Frauenchor 8½ Uhr.
(6191

Trocadero.
Schüsselbuden 4.
Wiener Luft und Leben.
Beginn 8½ Uhr.
6190

Deutscher
Transportarbeiter-Verband. (6180
Ortsverwaltung Lübeck.

Versammlung
sämtlicher
Hafenarbeiter
am Dienstag, 29. Aug.
abends 7½ Uhr
im Gewerkschaftshaus.
Tagesordnung:
Bericht von den Lohnverhandlungen.
Die Ortsverwaltung.

Heute Montag letzte Vorstellung.
Einige Bürger von Lübeck haben den
Eisenkönig
zu einer
Wette
um
5000 Mark
aufgefordert!
Der **Eisenkönig** soll mit dem von den Bürgern mitgebrachten Material arbeiten!
Der Eisenkönig
hat diese
Wette angenommen.
Die Wette wird heute **Montag, 7½ Uhr abds.** im (6166
Circus Corty-Althoff
ausgetragen.
Außerdem: 30 Attraktionen ohne Pause.
Heute abend ungekürztes Programm und ungekürzte Spielzeit bis 11 Uhr.

Hansatheater.
Abends 7½ Uhr.
Nur noch 4 Aufführungen von
Alt-Lübeck
(Ut Lübecks goldne Tied)
Hauptgesangsschlager:
„Wir gehn nicht mehr zu Fuß,
Wir fahren per Omnibus
Mit Frau und Kinde
Nach Travemünde."
Gäste:
Martha Boursée,
Hans Schildt,
Adolf Trimborn,
Willy Schenk,
Dir. **Ernst Albert,**
Henry Vahl,
Ella Loeb. (6176

Stadttheater Lübeck
Montag, 28. Aug., 7.30 Uhr: **2. Volkstüml. Konzert.** Solist: Herr Konzertmeister **Millies** (Mendelssohnkonzert.)
Dienstag, 29. Aug., 7.30 Uhr, Ab. A: **Eulenspiegel.**
Mittwoch, 30. Aug., 7.30, Ab. A: **Die Stumme von Portici.**
Verkauf der Karten für die Festwoche an der Theaterkasse. (6155
(6197

Zahle erhöhte Preise für
Lumpen, Eisen, Metalle, Papier, Knochen, Felle, Tierhaare usw.
Flaschen reelle Abnahme. (6159
Jeder Posten wird abgeholt. Beim Verkauf von Metallen bitte Ausweis mitbringen.
S. Kramer, Krähenstr. 18.

Zentrale für private Fürsorge.
Abteilung Verkaufsstelle
von Handarbeiten und Antiquitäten.
Ab Dienstag, den 29. August Vorverkauf bei
Markmann & Meyer
Breite Straße 441
täglich geöffnet von 10—1 und 4—6 Uhr. (6170
Annahme weiterer Gegenstände täglich von 10—11 Uhr.

Einkommensteuer
mit den letzten Aenderungen der Lohnsteuer
von **Wilhelm Keil**
zum Preise von 9,— Mark.
Buchhandlung Friedr. Meyer & Co.,

Wegen dringenden Bedarfs
zahle bis Sonnabend abend:
für Knochen Kilo Mk. 5.00
für schw. Eisen Kilo Mk. 4.50, 5.50
für Haushaltdrucken Mk. 6.50, 12.00, 30.00
Stück-, Schweif-Pferdehaare, Mähnen- u. Schienhaare, Kupfer, Messing, Blei und Zink, sämtliche Felle zahle höchste Tagespreise. (6194
R. Lissauers Produkten-Börse
Sonnabends unentwegt geöffnet.

Karl Obst
Am Brink 11b.
Haltbare Sohlen u. Absätze.
Joh. Voss,
6157) Fleischhauerstraße 7.

!! Laut festen Abschlüssen !!
Knall-Papier kg 7.— u. 8.— Mk.
Schwer-Papier kg 9.— Mk.
Geschäftsbücher u. Akten
kg 10.— Mk.
Größere Posten werden abgeholt und unter Garantie eingestampft. (6196
R. Lissauers Produkten-Börse,
5. Hartengrube 5.
!! Preise kommen jede Konkurrenz !!

KOLOSSEUM
Dienstag, 29. August, ab 7 Uhr:
Großes Konzert
Leitung: Kapellmeister Sulanke (6177
Heiterer Künstler-Abend
mit nachfolgender **Réunion**
unter Mitwirkung erster Künstler.

Käse! Käse!
Ein großer Posten
Ia. Tilsiter Käse
eingetroffen.
Der Verkauf findet zum allerbilligsten Preise statt.
Herm. Boldt Markthallenstand Nr. 4.
Täglich geöffnet von 7½—1 Uhr.
Des großen Andranges wegen am Ende der Woche, bitte den Einkauf Anfang dieser Woche zu tätigen.

Lübecker Volksbote

1. Beilage. — Montag, 28. August 1922. — Nummer 200.

Freistaat Lübeck.

Montag, 28. August.

Die Presse in schwerster Gefahr.

Wie der „Frankf. Ztg." aus Branchekreisen mitgeteilt wird, beziehen die deutschen Zellstoffabrikanten gegenwärtig etwa 80 Prozent ihres Holzbedarfs aus dem Ausland, und zwar vornehmlich aus Polen und der Tschechoslowakei. Die Holzrechnungen sind in Polen in Pfund Sterling oder Dollar, in der Tschechoslowakei in der dortigen Landeswährung zu begleichen. Nach den gegenwärtigen Umständen kann man damit rechnen, daß ein etwa 150-prozentiger Aufschlag auf die Zellstoffpreise, also eine Steigerung des Preises von 3000 auf etwa 7500 Mark je 100 Kilogramm eintreten wird. Eine derartig ungeheure Preiserhöhung muß natürlich unmittelbare Rückwirkungen auf den Papierpreis und auf die gesamte Lage des Zeitungsgewerbes ausüben, das sich von neuem vor schwierigste Verhältnisse gestellt sehen wird.

Damit unsre Leser eine Vorstellung bekommen, was das Papierpreis von 7500 Mark pro 100 Kilogramm bedeutet, geben wir folgende Vergleichszahlen: Nach diesem kommenden Preise würde ein Kilogramm Zeitungspapier 75 Mark kosten. In der Vorkriegszeit kostete ein Kilo Zeitungspapier rund 20 Pfennig. Wir hätten also im September eine 375fache Steigerung des Papierpreises seit der Vorkriegszeit. Damit ist leider unsre Rechnung noch nicht beendet. Sie geht weiter. In der Vorkriegszeit bezahlten die Abonnenten im Monat 70 Pfennig. Etwa ein Viertel dieser Summe mußte für Einkauf des Druckpapiers ausgegeben werden, das zum Druck eines Exemplars des Volksboten während eines Monats gebraucht wurde. Die Abonnenten bezahlten für August 32 Mark. Würde dieser Preis auch für September bestehen bleiben, dann bezahlten sie nicht einmal die Hälfte des Papiers — unbedruckt —, das ihnen im Laufe des Monats geliefert wird. Jeder vernünftige Mensch muß einsehen, daß der Preis nicht bestehen bleiben kann, nicht einmal eine Woche könnte das eine Zeitung aushalten. Eine erhebliche Preiserhöhung ist leider nicht zu umgehen. Ueber die Höhe schweben noch Verhandlungen. Sie hängt nicht ab von dem freien Ermessen der Geschäftsleitung und der Preßkommission, sie muß im Einvernehmen mit anderen Zeitungen, in peinlichster Rücksichtnahme auf die wirtschaftliche Lage der Leserschaft festgesetzt werden.

Nun kommt es auf unsere Leser, auf die

Ueberzeugungstreue der Sozialdemokraten

an. Die Notzeit ist eine Prüfungszeit für alle Menschen, die sich von einem brutalen Leben nicht schleifen lassen, die es zu meistern suchen, ihr Geschick als Kulturmenschen selbst gestalten wollen, trotz alledem. Jetzt muß es sich zeigen, wie stark ihr Verantwortlichkeitsgefühl und ihr Wille ist, der sozialistischen Sache in Not und Gefahren zu dienen. Es gilt die Presse des Volkes zu erhalten, die in der schwersten Zeit am notwendigsten ist. Es gilt, dem Volke Waffen und wertvolle Bildungsmittel zu erhalten für die Gegenwart und für die Zukunft, die doch wieder besser sein muß, komme auch, was kommen mag.

Der Preis eines Hauses.

Preisbildung der Baukosten.

In der Siedlungsausstellung der Hamburger Uebersee-Woche wird von dem Bauleiter der Hamburger „Produktion", G. Lehne, sinnbildlich der Werdegang des Ziegelsteins und die Preisbildung der Baukosten dargestellt. Bei der Herstellung des Ziegelsteins ist jede Arbeit, auch der Transport, genau berechnet worden. Die durch diesen Arbeitsprozeß sich entwickelnden Kosten sind in Stücklohngruppen nach den Stücklöhnen vom 15. August 1922 angegeben. Weiter sind an der Preisbildung beteiligt die Materialkosten für Ton, die Kosten für Kohlen, die Betriebsunkosten und die Fracht, sodaß sich am Schluß der Gesamtpreis für 1000 Steine zusammensetzt aus:

Lohn 1494 Mk., Ton 25 Mk., Kohlen 1135 Mk., Fracht 460 Mark und Betriebsunkosten 1155 Mk., insgesamt 4266 Mk.

Da die Tariflöhne der Ziegelindustrie nach den Indexziffern allmonatlich geändert werden, ändern sich dementsprechend die Steinpreise. Das gleiche gilt für Kohlen, Frachten, Fuhrlöhne und Betriebskosten. Ein Ruhepunkt in diesen ständigen Schwankungen ist zurzeit noch nicht vorauszusehen, solange das Ausland den Wert unserer Zahlungsmittel bestimmt.

Sind die Kosten für Ziegelsteine gegen die Vorkriegszeit erheblich gestiegen, so naturgemäß auch die Preise aller anderen Artikel, die zum Bauen erforderlich sind. An einer Reihe von Gegenständen wird die Preissteigerung gezeigt. Gleichzeitig die Steigerung der Löhne in den Bauberufen.

Das Material, das Klempner und Dachdecker verarbeiten, ist seit 1914 um das 38- bis 405fache im Preis gestiegen; Leinöl kostete 1 Kilogramm 60 Pfg. im Jahre 1914, heute 198 Mark, also das 330fache. Ein Schlüssel ist im gleichen Zeitraum um das 50fache im Preise gestiegen, Kacheln um das 375fache, Holz um das 100- bis 405fache. Für alle anderen Materialien gilt ähnliches, die Ziffern hierfür sind in der Ausstellung bei den einzelnen Gegenständen angebracht. Die Stundenlöhne sind seit 1914 bis August 1922 erhöht worden:

für Dachdecker	von 0,85—	auf 50,55 Mk.	oder das 59,6fache
für Elektriker	von 0,75—0,80	auf 45,30 Mk.	oder das 60,0fache
für Maler	von 0,75	auf 47,— Mk.	oder das 62,7fache
für Schlosser	von 0,75	auf 48,— Mk.	oder das 64,0fache
für Tischler	von 0,78—0,88	auf 50,— Mk.	oder das 60,0fache
für Glaser	von 0,90	auf 50,50 Mk.	oder das 56,0fache
für Maurer	von 0,90	auf 51,— Mk.	oder das 56,7fache
für Zimmerer	von 0,90	auf 51,40 Mk.	oder das 57,1fache

Die Wirkungen dieser Preissteigerung auf das fertige Haus werden an der Zeichnung eines Zweifamilienhauses deutlich gezeigt. Die Herstellung dieses Hauses erforderte im Jahre 1914 8337 Mark, im August 1922 ohne Architektenhonorar und Abgaben 1 117 000 Mark, also mehr als das 140fache.

Hiernach steht also fest, daß die Steigerung der Baukosten hauptsächlich durch die hohen Materialpreise verursacht wird. Die Löhne sind nur um das 60fache, die Materialpreise aber um das 140fache gestiegen.

Alldeutscher Zeitungsdienst.

Die Ueberseewoche Hamburgs hat am Sonnabend durch eine Rede des Prof. Keynes-London auf dem Weltwirtschaftskongreß einen bedeutungsvollen Abschluß gefunden. (Raummangels wegen bringen wir die Rede erst morgen zum Abdruck.) Gleich wie sein amerikanischer Kollege Coar aus Kingston ging Keynes frei und offen auf die Grundprobleme für Deutschlands Wiederhochkommen ein, das heute mehr denn je vom Auslande abhängig ist. Die gesamte Presse bringt die Ausführungen mit und ohne Kommentar. Die deutschmonarchistische Presse aber, an erster Stelle die „Lübeckischen Anzeigen", nimmt eine Korrektur an dem Originalmanuskript vor, die ebenso bezeichnend ist, wie die Streichung im Wolffbureau. Der Schluß der Keynesschen Rede lautet wortgetreu:

„Ich wüßte gern, wie die Jugend in Deutschland denkt und fühlt; nach welcher Richtung sie einen Ausweg für ihre innere Erregung und eine Auswirkung ihrer Energien und Gaben sucht. **Die Sicherheit der jungen Republik und die offenkundige Entschlossenheit des deutschen Volkes, den Irrsinn und die Gewalt sowohl einer monarchistischen Reaktion, wie einer kommunistischen Revolution fernzuhalten, haben die stillschweigende Bewunderung der friedliebenden Menschen in der ganzen Welt gewonnen.** Die wertvollsten Güter des Lebens haben nur wenig mit internationalen Fragen zu tun, aber eines ist die Grundbedingung für alles Gute: Frieden! Ich könnte mir vorstellen, daß in Deutschland die herrschende Strömung sich dahin wenden wird, ein wiederaufgebautes Deutschland zu einem Bollwerk des Friedens Europas zu machen."

Die „Lübeckischen Anzeigen" brachten sowohl das Wolfftelegramm am Sonnabend wie die ausführliche Rede durch einen sogenannten „eigenen" Bericht am Sonntag, aber sonderbarerweise **fehlt der oben durch Fettdruck hervorgehobene Satz.** Dieser paßt nicht in das Heuchlergebrüll der Säbelrassler und Schwafelhelden, denn er schließt die Tatsache ehrlicher und erfolgreicher Arbeit der republikanischen Regierung in sich und fordert die Festigung der deutschen Republik. Und eine solche Anerkennung von den „Lübeckischen Anzeigen" erwarten, die täglich wie ein bissiger Köter gegen die Republik wettern, wäre doch etwas zu viel verlangt. Umso mehr, als man sich in der Königstraße über jede „germanische Kraftäußerung" höchlichst freut. Wir haben in der deutschnationalen Presse auch nirgends den Satz gelesen, den Prof. Coar bei der Eröffnung des Weltwirtschaftskongresses den monarchistischen Geheimbündlern vor die Füße warf: den nämlich, daß sich das amerikanische Volk Deutschland gegenüber ablehnend verhalte, weil die Amerikaner ein Erstarken der Reaktion und einen dadurch bedingten Rachefeldzug gegen Frankreich befürchten.

Nach den Vorkommnissen und Treibereien der deutschen Militaristen und Portepeejournalisten können im Auslande derartige Gedanken freilich hochkommen. Daß sie nicht zur Tat werden, dafür wird die Sozialdemokratie und jeder ehrliche Republikaner sorgen. Trotz alldeutscher Frisierung wortgetreu vorliegender Reden und chauvinistischer Hetze der Rechtspresse.

Ignaz Böger †. Wiederum ist ein alter Parteiveteran aus dem Leben geschieden. Ignaz Böger ist am Sonntag abend im Alter von 66 Jahren gestorben. Obgleich seit längerer Zeit leidend, hat er seinen Posten als Geschäftsführer in der Genossenschaftsbäckerei getreulich bekleidet. In den letzten Wochen aber mußte der Verstorbene das Bett hüten, da seine Krankheit sich immer mehr verschlimmerte. Ignaz Böger ist einer von der alten Garde, der schon Mitte der achtziger Jahre der Partei und als Tischler seiner gewerkschaftlichen Berufsorganisation beitrat. Er war, wenn auch mehr in stiller Weise, dann unermüdlich für die Arbeiterbewegung tätig. Ende der achtziger Jahre wurde Böger Kassierer der Zentralkrankenkasse, aus der sich später die gewerbliche Krankenkasse entwickelte. Im Dezember 1896 übernahm er den Posten als Kassierer bei der Genossenschaftsbäckerei. Nach Peter Papes Tode trat er im November 1918 an dessen Stelle als Geschäftsführer. Da der Heimgegangene großes Ansehen und Vertrauen in der Arbeiterschaft besaß, so wurde er 1907, als infolge der Entrechtung der Lübecker Arbeiterschaft die Partei erst wenige Mitglieder in die Bürgerschaft entsenden konnte, zum Bürgerschaftsmitglied gewählt. Dieses Mandat hat er bis zum Jahre 1921 ausgeübt. Bei der letzten Wahl lehnte er krankheitshalber eine Kandidatur ab. Böger hat ständig für die Interessen der Arbeiterschaft gewirkt. Die Partei wird seiner stets ehrend gedenken.

Eine Versammlung der Bürgerschaft findet am Montag, dem 4. September, abends 6 Uhr statt.

Erhöhung der Gepäckfrachtsätze. Mit Rücksicht auf das schnelle Sinken des Geldwertes sowie darauf, daß zum 1. September die Güter- und Expreßgutfrachten sich um 50 % erhöhen, tritt die für den 1. Oktober vorgesehene Erhöhung der Gepäckfracht auf 10 Pfennig für 10 Kilogramm und einen Kilometer schon am 1. September in Kraft. Die Gepäckfracht wird am 1. Oktober um weitere 50 % erhöht. Der Einheitssatz beträgt dann also 15 Pfennig für 10 Kilogramm und einen Kilometer und die Mindestfracht 15 Mark.

Kosten der Ferngespräche. Als Gegenwert des Franken rechnet die Reichspost seit dem 25. August 250 Mk. Ein Tagesgespräch mit Dänemark kostet 375—1313 Mk., Litauen 69—688 Mk., jede weiteren 100 Kilometer 63 Mk. mehr, Luxemburg 188—813 Mk., und dieselbe Steigerung, den Niederlanden 188—875 Mk., der Schweiz 64—906 Mk., Budapest 375 Mk., Belgien 234—594 Mk., Frankreich 234—3375 Mk., Italien 888—1750 Mk., Norwegen 1594 bis 2156 Mk., Schweden 844—2531 Mk.

Ein schöner Sonntag war uns gestern beschieden. Nach all den regnerischen kalten Tagen der letzten Zeit empfand man den warmen Sonnenschein doppelt angenehm. Kein Wunder, daß bei solch herrlichem Wetter große Scharen in Freie strömten. Große Anziehungskraft übt die blühende Heide aus. Bis in die späten Nachmittagsstunden wanderten viele, alt und jung, nach der Balinger Heide. Der in allen Farben schillernde Blütenteppich bot dem Auge ein prächtiges Bild. Abends kehrten manche schwer mit duftendem Heidekraut beladen heim. Ein Strauß hätte in vielen Fällen gewiß auch genügt. Man sollte nicht unnütz ganze Bündel pflücken. Auch andere wollen das schöne Bild der Heide genießen.

5000 Mark für ein 20-Mark-Stück in Gold. Der Ankauf von Gold für das Reich durch die Reichsbank und Post erfolgt in der Woche vom 28. August bis 3. September 1922 zum Preise von 5000 Mark für ein Zwanzigmarkstück, 2500 Mk. für ein Zehnmarkstück. Für ausländische Goldmünzen werden entsprechende Preise gezahlt. Der Ankauf von Reichssilbermünzen durch die Reichsbank und Post erfolgt bis auf weiteres zum 120fachen Betrag des Nennwertes.

Der Landvogt von Greifensee.

Von Gottfried Keller.

15. Fortsetzung.

Nun war aber alles das aufs innigste verwachsen und belebt mit einem Geschlecht heftig bewegter und streitbarer oder einsam streifender, oder flüchtig wie die Wolken über ihnen dahinjagender oder still an der Erde verblutender Menschen. Die Reiterpatrouillen die Siebenjährigen Krieges, fliehende Kirgisen und Kroaten, fechtende Franzosen, dann wieder ruhige Jäger, Landleute, das heimkehrende Pfluggespann, Hirten auf der Herbstweide, dazu die von Krieg oder Jagd aufgescheuchten Wald- oder Wasservögel das grasende Reh und der schleichende Fuchs, sie alle befanden sich immer an dem rechten und einzigen Fleck der Erde, der für ihre Lage paßte. Oft auch erkannte man in dem grauen Schattenmännchen, das mühselig gegen einen Strichregen ankämpfte, unvermutet einen Wohlbekannten, der offenbar zur Strafe für irgendeine Unart hier bildlich durchnäßt wurde; oder man sah eine weibliche Lästerzunge etwa als Nachthexe die Füße in einem Moortümpel abwaschen, der einen Rabenstein bespülte, oder endlich den Maler selbst über eine Anhöhe weg dem Abendrot entgegenreiten, ruhig ein Pfeiflein rauchend.

Der Besuch wurde in höflicherweise bewerkstelligt und empfangen; als der Kaffee eingenommen war, führte Salomon das sorgfältig und halb feierlich gekleidete Fräulein in sein Künstlergemach, während die übrige Gesellschaft wohlbedacht zurückblieb, um sich im Garten zu ergehen und die innere und äußere Beschaffenheit des Hauses in Augenschein zu nehmen. Salomon zeigte und erklärte nun dem Fräulein die Bilder und dazwischen eine Menge anderer Gegenstände, wie Jagdgeräte, Waffen, selbstzubereitete Tierskelette und dergleichen. Die Gliederpuppe, welche in der Tracht eines roten Husaren in einem Lehnstuhle saß und ein Staffeleibild zu betrachten schien, hatte sie schon beim Eintritt erschreckt und ihr einen schwachen Schrei entlockt; nachher aber blieb sie still und gab durch kein Zeichen der Freude oder des Beifalls oder auch nur der Neugierde von sich, da ihr diese ganze Welt fremd und unverständlich war. Salomon beachtete das nicht; er bemerkte es nicht einmal, weil er nicht auf Lob und Bewunderung ausging; er eilte in seinem Eifer ans Ziel zu kommen, nur weiter von Bild zu Bild, während Barbaras von hellem Stoff umspannte Brust immer höher zu atmen begann, wie von einer großen Angst. Vor einem Flußbilde, auf welchem der Kampf des ersten Frührots mit dem Scheine des untergehenden Mondes vor sich ging, erzählte Landolt, wie früh er eines Tages habe aufstehen müssen, um diesen Effekt zu belauschen, wie er denselben aber doch ohne Hilfe der Maultrommel nicht herausgebracht hätte. Lachend erklärte er die Wirkung solcher Musik, wenn es sich um die Mischung delikater Farbentöne handelt, und er ergriff das kleine Instrumentchen, das auf einem mit tausend Sachen belegenen Tische lag, setzte es an den Mund und entlockte ihm einige zitternde, kaum gehauchte Tongebilde, die bald zu verklingen drohten, bald zart anschwellend, ineinander verflossen.

„Sehen Sie," rief er, „dies ist jenes Hechtgrau, das in das matte Kupferrot übergeht auf dem Wasser, während der Morgenstern noch ungewöhnlich groß funkelt! Es wird heute in dieser Landschaft regnen, denke ich!"

Als er sich fröhlich nach ihr umsah, entdeckte er wirklich, daß Barbaras Augen schon voll Tränen standen. Sie war ganz blaß und rief wie verzweifelt:

„Nein, nein! Wir passen nicht zusammen, nie und nimmermehr!"

Ganz erschrocken und erstaunt, faßte er ihre Hand und fragte, was ihr sei, wie sie sich befinde?

Sie entzog ihm aber heftig die Hände und begann mit verwirrten Worten anzudeuten, daß sie nicht das mindeste von alledem verstehe, gar keinen Sinn dafür habe, noch je haben werde, daß alles das ihr fast feindlich vorkomme und sie beängstige; unter solchen Umständen könne von einem harmonischen Leben keine Rede sein, weil jeder Teil nach einer anderen Seite hinziehe; und Landolt könne ihre friedlichen und unschuldigen Uebungen, die sie bis jetzt glücklich gemacht hätten, ebenso wenig achten und schätzen, als sie seiner Tätigkeit auch nur mit dem geringsten Verständnisse zu folgen vermöge.

Landolt fing an zu begreifen, wie sie meine und was sie beunruhige, und er sagte, mild ihr zusprechend, seine Uebungen seien ja nur ein Spiel, gerade wie die ihrigen, und eine Nebensache, auf die es gar nicht ankomme. Allein seine Worte machten die Sache nur noch schlimmer, und Barbara eilte in größter Aufregung aus dem Zimmer, suchte ihre Eltern auf und begehrte weinend nach Hause gebracht zu werden. Bestürzt und ratlos wurde sie von den Anwesenden umringt; aus Landolt war herbeigekommen, und wieder begann sie ihre seltsamen Erklärungen. Es stellte sich deutlicher heraus, daß sie dem, was sie quälte, eine viel größere Wichtigkeit beilegte, als der unschuldigen Anspruchslosigkeit eines so zarten jungen Geschöpfes eigentlich zugetraut werden konnte, daß aber die Unfähigkeit, über sich selbst hinweg zu kommen und ein ihr Fremdes zu dulden, wohl großenteils einer gewissen Beschränktheit zuzuschreiben sei, in welcher sie erzogen worden.

Alles Zureden Landolts und seiner Eltern half nichts; diejenigen des verzweifelten Fräulein schienen aber eher ihre Bangigkeit zu teilen und beschleunigten sorglich den Rückzug. Es wurde eine Sänfte bestellt, die Tochter hineingepackt, wo sie sofort das Vorhänglein zog, und so begab sich die kleine Karawane, so schnell die Sänftenträger laufen mochten, hinweg, unter Verdruß und Beschämung der Landoltfamilie.

Am nächsten Vormittag ging Salomon, sobald er es für schicklich hielt, in das Haus des Proselytenschreibers, um nach dem Befinden seines Kindes zu fragen, und zu sehen, was zu tun und gut zu machen sei. Die Eltern empfingen ihn mit höflicher Entschuldigung und setzten ihm erklärend auseinander, wie nicht nur der tiefgehende Naturkultus und die wilde Skizzenlust seiner Schildereien, sondern auch der Manequin, die Tiergerippe und all' die anderen Seltsamkeiten das bescheidene Gemüt ihrer Tochter erschreckt hätten, und wie sie selbst auch finden müßten, daß solche ausgesprochene Künstlerlaune den Frieden eines bescheidenen Bürgerhauses zu stören drohte. Ueber diesen Reden, die den guten Salomon immer mehr in Verwunderung setzten, kam die Tochter hierbei, mit verweinten Augen, aber gefaßt; sie reichte ihm freundlich die Hand und sagte mit sanften aber entschlossenen Worten, sie könne nur unter der festen Bedingung die Seine werden, daß beide Teile dem Bilderwesen für immer entsagten und so alles Fremartige, was zwischen sie getreten, verbannen würden, ein jedes liebevoll sein Opfer bringend.

Salomon Landolt schwankte einen Augenblick; doch seine Geistesgegenwart ließ ihn bald erkennen, daß hier im Gewande unschuldiger Beschränktheit eine Form der Unbescheidenheit auftrete, die den Hausfrieden keineswegs verbürge und das geforderte Opfer allzu teuer mache, und er beurlaubte sich, ohne ein Wort zur Verteidigung seiner Malkapelle vorzubringen, von der Herrschaft, sowie von dem Wiedehopf und dem Herrn Antistes samt ihrem ganzen Gefolge.

(Fortsetzung folgt.)

Modeschau der Karstadt A. G. Der große Modebericht der Firma Rudolph Karstadt für die Wintersaison 1922/23 kann infolge Raummangels hier nicht zum Abdruck gelangen. Wir verweisen daher auf die Modeschau in den Schaufenstern der Firma Rudolph Karstadt, welche ein übersichtliches Bild der neuen Herbst- und Wintermodelle geben. Ganz kurz sei erwähnt: Die gerade Linie bei Kleidern bleibt vorherrschend. Als charakteristische Merkmale bei Hüten sind Metallgarnituren (Stahl und Silber). Grün in den verschiedensten Nüancen ist die Modefarbe. Pelz und nochmals Pelz ist die große Mode!

Moden-Ausstellung. Auf die z. Zt. im Holstenhause stattfindende **Ausstellung neuer Herbst- und Winter-Moden,** die uns die Leistungsfähigkeit erster deutscher Modefirmen zeigt, weisen wir unsere Leserinnen besonders hin, geben ihnen doch die dort ausgestellten Waren ein interessantes, übersichtliches Bild der kommenden Mode.

Hinweise auf Versammlungen, Theater usw.

Verein Arbeiter-Jugend. Dienstag, 7 Uhr abends, Jugendleitersitzung; 8 Uhr Sitzung sämtlicher Funktionäre im Gewerkschaftshaus.

Achtung, Jungsozialisten! Morgen abend 1/28 Uhr im Gewerkschaftshaus Vortrag des Genossen Teß über „Der Dichter Carl Bröger". Pünktliches und zahlreiches Erscheinen wird erwartet. Der Arbeitsausschuß.

Stadttheater. Für die Dienstag-Ab. wird das plattdeutsche Lustspiel „Ulenspegel" gegeben. Im Mittwoch-Ab. „Die Stumme von Portici". Die Festspielwoche Anfang September wird, wenn auch nicht im großen Rahmen der Nordischen Woche, in der Auswahl der Werke und Solisten von dem gleichen Bestreben nach künstlerischer Vollkommenheit getragen sein. In der Auswahl der Solisten ist nicht nur auf Namen und Klang, sondern auf eine indivituelle Eignung für die einzelnen Rollen Bedacht genommen. Damit ist die Möglichkeit gegeben, Vorstellungen von einer geschlossenen künstlerischen Wirkung erreichen zu können.

Angrenzende Gebiete.

Landesteil Lübeck. Die Frage, wer Kreisschulinspektor wird, ist noch nicht gelöst, nur im Eutiner Anzeiger wird die Lösung täglich in Eingesandts versucht, die ein recht grelles Licht auf die Art und Weise werfen, wie man in Eutin um diesen Posten kämpft. Wenn jetzt Land und Leuten — Lehrern und Laien — die Augen noch nicht aufgehen über die Zentralstelle der Lehrervereinstätigkeit im Lande, dann ist Hopfen und Malz verloren. Zweierlei ist erfreulich bei diesem Kampfe: 1. daß die Eltern sich einmal besinnen auf ihre Anrechte an die Schule (vielleicht hat hier sogar schon jemand irgendwo mal das Wort Elternrat gehört). 2. daß die Mitglieder des Lehrervereins allmählich ihre Augendeckel öffnen und endlich einmal anfangen zu fühlen, wie sie — 200 Mann stark — „geleitet" werden. — Ueber einige andere Vorkommnisse, die mit der Sache in Verbindung stehen, z. B. das „humorvolle" Eingesandt des Lehrervereins Eutin, über die „heiße" Sitzung in Gleschendorf und weiteres deckt man am besten den Mantel der Liebe, wenns noch geht. Eine unbestimmte Ahnung sagt mir, daß bald Vorstandsposten im Lehrerverein des Landes frei werden und daß einige Herren die Flinte ins Korn werfen werden, mit einem: „So hast du dennoch gesiegt, Galiläer!"

Bahnhof Gleschendorf. Zu einer imposanten Kundgebung gestaltete der hiesige Ortsverein der Soz. Partei sein 1. Stiftungsfest. Unter den Klängen der alten Freiheitslieder bewegte sich der Festzug von rund 300 Teilnehmern durch das reich mit republikanischen Flaggen geschmückte Dorf. Auf dem Festplatz hielt Gen. Dr. Leber-Lübeck eine kurze Ansprache. Auf die großartigen Erfolge der erst einjährigen Werbetätigkeit der Gleschendorfer Genossen wies er hin, und rief zu neuer schwerer Arbeit auf. Darauf löste sich der Zug auf und die Freude trat in ihr Recht.

Hamburg. Das Sterben der Zeitungen. Die „Neue Hamburger Zeitung", ein demokratisches Organ, das 26 Jahre hindurch in Hamburg erschienen ist, teilte am Sonnabend abend mit, daß es mit diesem Tage sein Erscheinen unter dem Druck der Zeitverhältnisse einstellen muß. — Die kapitalistisch-monarchistische Presse hat hierdurch einen Konkurrenten weniger.

Neumünster. Selbstmord aus Nahrungssorgen. Der 66jährige Dachdecker Karl Kock warf sich vor einen Personenzug und ließ sich überfahren und töten. K. hatte vor wenigen Wochen seine letzten Hausstandssachen verkauft und war nun völlig mittellos.

Aus aller Welt.

Ein Vatermörder. Der Tischlermeister Schubert ist in Rotluff bei Chemnitz von seinem Sohne, mit dem er ins Feld gegangen war, durch Hammerschläge getötet worden. Der Täter ist verhaftet. Er gibt als Grund seiner Tat an, daß der Erschlagene seine Familie immer lieblos behandelt hätte.

Zugunglück in Frankreich. Der Expreß Paris—Lille ist unmittelbar vor der Einfahrt in die Station Douai entgleist. Die Zahl der Verletzten beträgt acht. Der zertrümmerte Packwagen enthielt u. a. eine Million Franken in Gold, die für di Bank von Frankreich in Calais bestimmt waren.

Untergang eines französischen Panzerschiffes. Das Panzerschiff „France" stieß bei der Rückkehr von einer nächtlichen Schießübung in der Bucht von Quiberon auf einen Felsen und mußte, da es manövrierunfähig wurde, Anker werfen. Nach den letzten Nachrichten versank das Schiff in einer Tiefe von 20 m. Bisher ist keine Meldung über Verluste an Menschleben eingelaufen.

50 Personen ertrunken. Reuter meldet aus Simla, durch Kentern eines Fährbootes sind 50 Personen, darunter 18 Kinder ums Leben gekommen.

Schweres Unwetter über Dänemark. Nachdem das meteorologische Institut Sturm im ganzen Lande angekündigt hatte, brach Freitag früh ein Unwetter über Gjedser los. In der Gegend um Kopenhagen hat der Sturm erst später eingesetzt. Die Fährdampferverbindung von Gjedser aus ist eingestellt. Bei Rosenland scheiterte ein Fischerkutter. Das Schicksal der Besatzung ist unbekannt.

Theater und Musik.

Stadttheater.

Freitag, 25. August. „Die Stumme von Portici", große Oper von D. F. E. Auber. Man merkt es dieser Oper kaum mehr an, daß sie einst auf dem Welttheater Geschichte gespielt hat: 1830 stürmte das Theaterpublikum in Brüssel nach der Aufführung den Palast des holländischen Justizministers, die Wohnung des Polizeidirektors und die Druckerei des niederländischen Regierungsblattes — so hatten die aufflackernden und zündenden Melodien die Menge erregt, eine Wirkung, die wir heute nicht recht verstehen können; wie vieles ist doch verblaßt und in einem überholten Opern-Stil versunken! Und damit die Burleske nicht fehle: die Bürgergarden seligen Angedenkens ließen sich die Ouverture als Symbol ihrer freiheitlichen Stimmungen aufspielen — heute singt man zu einer Melodie der Ouverture: „Kommen Sie rein in die gute Stube" . . . Und doch hat diese Oper, welche die Tragik so mancher himmelstürmenden Revolution enthüllt: den König für einen Tag, Wertvolles und Fesselndes; selbst der bitterste und ungerechteste Beurteiler Robert Schumann mußte zugestehen, „die Oper eines musikalischen Glückskindes — Hier und da funkelnder Geist . . . ." Nur muß man in der Musik von dem lodernden Vulkan etwas spüren, wenn unter dem harmlosen Sang „singt lustig die Baccarole" das Feuer glimmt. — Hier war Herr Kapellmeister Martin recht langweilig, wirkungsvoller und frischer klangen die reizvollen Ballettsätze. Die Hauptpartie einer Oper als stumme durchzuführen, entsprang nicht etwa einer „neuen Idee" des Komponisten und seines ebenso berühmten Textdichters Scribi: man hatte an der großen Oper Paris keine geeignete Sängerin für die Fenella zur Verfügung, so gab man die Rolle der Tänzerin Demoiselle Noblet, mit gutem Erfolge. Das darf auch hier von Fräulein Betty Krüger gesagt werden, deren temperamentvolle Mimik der Aufgabe durchweg mit ausdrucksvoller Schärfe gerecht wurde; der graziöse Schlußsprung verriet aber noch zu sehr den Ballettsaal. Den Masaniello sang Herr Heimberg; die Stimme klang frisch und kräftig, belebt durch geschmackvollen Vortrag. Die gleiche Anerkennung ist dem Pietro des Herrn Karen zu sagen, während die Leistung des Herrn Jelakin durch die geringe stimmliche Kraft doch fühlbar beeinträchtigt wurde. Fräulein Ekkart hielt sich in der farblosen und nicht gerade dankbaren Partie der Prinzessin als Anfängerin wacker; die erklärlichen Schlacken ihres ersten Auftretens wurden ihrer mutig zufassenden musikalischen Sicherheit kaum gefährlich. Von den Chören, für die Herr Weidlich verantwortlich war, zeigte insbesondere der Gebetchor zuverlässige Arbeit und gutes Gelingen. Wie schwer es auf dem Theater ist, revolutionäre Bewegung in die Massen zu bringen, wird der Regisseur gemerkt haben! Kleine Unzulänglichkeiten in der Kostümierung störten. Die Pausen waren von übler Länge. H.

Quittung.

Für den Wahlfonds gingen ein, 10 000 Mk.

Amtlicher Teil.

Feststellungsverfahren für Oeffnungen in Grenzwänden.

Nachdem die Bauordnung vom 19. Februar 1919 am 1. Oktober 1919 in Kraft getreten ist, wird auf die Bestimmung des § 55 Ziffer 1 dieser Bauordnung hingewiesen. Nach dieser Bestimmung muß zur Sicherung des Nachweises über das Bestehen von **Öffnungen in Grenzwänden,** die in der Stadt vor dem 1. April 1854 in den inneren Vorstädten vor dem 5. August 1867, im alten Teil von Travemünde vor dem 27. Dezember 1865 und im übrigen Staatsgebiet vor dem 1. Oktober 1919 angelegt sind, die Feststellung bei der Baupolizeibehörde **bis zum 30. September 1922** beantragt werden. Wird ein solcher Antrag während dieser Frist nicht gestellt, so geht jedes Recht auf den Fortbestand dieser Öffnungen verloren.

Lübeck, den 26. August 1922. (6165

Das Polizeiamt.

Auf Grund des § 80 der G.O. und § 2 der M.O. wird folgendes bekannt gemacht:

1. Die in Nr. 2 der allgemeinen Bestimmungen der Deutschen Arzneitaxe 1922, 8. Ausgabe, festgesetzte Staffelung der Zuschläge auf den Einkaufspreis wird durch nachstehende ersetzt:
   Bis zu 15,— Mk. ein Zuschlag von 100 v. H., von mehr als 15.— bis zu 20.— Mk. ein Zuschlag von 15.— Mk., von mehr als 20.— Mk. bis zu 36.— Mk. ein Zuschlag von 75 v. H., von mehr als 36.— Mk. bis zu 45.— Mk. ein Zuschlag von 27.— Mk., von mehr als 45.— Mk. ein Zuschlag von 60 v. H.
2. In Nr. 23 der gleichen Bestimmungen treten folgende Aenderungen ein:
   unter a) statt 4.— Mk. u. 6.— Mk.: 5.— Mk. und 7.50 Mk.,
   unter b) statt 6.— Mk.: 7.50 Mk.,
   unter c) statt 10.— Mk.: 12.50 Mk.

Im übrigen wird darauf hingewiesen, daß mit Inkraftsetzung der 8. abgeänderten Ausgabe der deutschen Arzneitaxe die gesamten Teuerungszuschläge sowie die Verdoppelung der Arbeitspreise außer Kraft gesetzt worden sind.

Lübeck, den 18. August 1922.

6171) **Der Gesundheitsrat.**

Versammlung der Bürgerschaft
am Montag, 4. September,
abends 6 Uhr
im Bürgerschaftssaal des Rathauses.

Gustav Ehlers,
Wortführer der Bürgerschaft.
6173)

Nichtamtlicher Teil.

Uhr gefunden Sonntag nachm. im Stadttheater. Abzuholen (6173 Gr. Vogelsang 11 I, rechts

Zu kaufen gesucht eine **Hobelbank.** (6162 **Reinzmann,** Dorfstr. 15, I.

Kinderwagen ges. Ang. m. Pr. u. A 362 a. d. E. (6...

Zither z. k. gesucht. Ang. m. Preis u. **A 363.** (6158

Suche Stellung als Haushälterin. Ang. unt. A 365 a. d. Exped. (6174

Oeffentliche Verdingung.

Die Lieferung von Tischlerarbeiten für den Neubau von Kleinwohnungen an der Wendischen Straße (II. Bauabschnitt) soll im Wege der öffentlichen Verdingung vergeben werden.

Angebote sind bis zu dem am

Dienstag, dem 5. September 1922, mittags 12 Uhr,

im Bauamt, Mühlendamm 10, stattfindenden Termin in verschlossenem, mit entsprechender Aufschrift versehenem Umschlage an das Bauamt einzureichen.

Lieferungsverzeichnisse und Bedingungen liegen im Bauamt zur Einsicht aus, auch können sie gegen Erstattung der Schreibgebühren von dort bezogen werden.

Zuschlagsfrist zwei Wochen. (6190

Lübeck, den 28. August 1922.

Das Bauamt, Abt. Hochbau I.

Am 25. August abends 3/412 Uhr entschlief in seinem Elternhause zu Alt-Gaarz (Meckl.) mein lieber, herzensguter Mann, unser lieber Sohn, Schwiegersohn, Bruder, Schwager u. Onkel, d. Hilfspostschaffner

Friedrich Jarchow

im 26. Lebensjahre.

Schmerzlich vermißt von seiner Frau und allen Angehörigen.

Emmy Jarchow geb. Nielsen.
Familie Nielsen Lübeck.
Familie Jarchow
6182) Alt-Gaarz.

Nach langer schwerer Krankheit entschlief heute meine liebe Tochter, unsre liebe Schwester

Alma

im 20. Lebensjahre.

In tiefer Trauer namens der Hinterbliebenen (6175

Heinr. Rotelsdorf nebst Kindern.

Lübeck, 25. August Glockengießerstr. 24.

Beerdigung am Donnerst., 31. Aug., nachm. 2 1/4 Uhr auf dem Vorw. Friedhof

2 Türen (6166
mit Glas u. Bekleidung, für Siedler passend,
Marmorplatte
(135 × 60 cm), zu verk.
Hüxstraße 113
(Eisenhdlg.).

Deutscher Eisenbahner-Verband. Ortsgruppe Lübeck.

Am Donnerstag, dem 24. Aug., starb infolge Krankheit unser Mitglied, der Güterbodenarbeiter

Heinrich Deutschmann.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Mittwoch, dem 30. Aug., 1 1/4 Uhr, auf dem Vorwerker Friedh. statt.

6183) **Der Vorstand**

6160 **Gr. Schleifstein** zu verk. Stavenstr. 19.

Jung. kinderl. Ehepaar sucht 1 od. 2 leere Zimmer mit Küche od. Küchenbenutzung. Ang. a. **Neumann** Friedenstr. 66, II. (616.

Braun. Mantel Mäd. Kronst. Gasse verl. Abzug. Bel. Rosendornstr. 28. (617.

Moden-Ausstellung

Herbst u. Winter

Unsere Schaufenster und Verkaufsräume zeigen vom 28. August bis 2. Sept. die neuen Moden in Damen-Hüten, Damen-Kleidung, Kleiderstoffen, Pelzwaren und Schuhwaren

!! Wir bitten um Besichtigung !!

Holstenhaus
Lübeck G. m. b. H.

(6164

Lübecker Genossenschaftsbäckerei

Am 27. d. M. verstarb nach langem Leiden unser erster Geschäftsführer

Ignatz Böger.

Ein schwerer Verlust trifft unsere Genossenschaft durch sein Hinscheiden. Der Verstorbene war uns allen ein Beispiel von Eifer und Pflichttreue. Seiner werden wir stets in Ehren gedenken. 6189

Der Vorstand u. der Aufsichtsrat.

Vertiko zu verk.
6192) Arnimstr. 37a I

Hängelampen u. Kofferz. vk.
6168) Adolfstr. 2a.

Kachelofen a. Abbruch zu verk. Bleicherst. 21. (6181

Milchziege zu verk.
6198) Josephinenstr. 24.

Blockwagen u. Räder zu verk. Schützenstr. 67. (6167

Kinderwagen zu verk.
6185) Dornestr. 23, II.

Ferkel u. Zugänger zu verkaufen, (6184 **Haß,** Waisenhofstr. 36.

6188 **Prima Ferkel** zu verk. Geverdesstr. 30.

Visitenkarten fertigt an die **Buchdruckerei von Friedr. Meyer & Co.**

Dr. Müller & Co. Mannheim — **Probata**

Bruchleidende!
Verlangen Sie kostenlose Aufklärung über Dr. Müller's Bruchheilapparat „Probata", ohne Feder, ohne Gummiband, ohne Schenkelriemen. Hält jeden Bruch ohne lästigen Druck. Tag u. Nacht tragbar.
Glänzende Heilerfolge.
(6169)